



24.026

**Für eine zivilstandsunabhängige
Individualbesteuerung
(Steuergerechtigkeits-Initiative).
Volksinitiative
und indirekter Gegenvorschlag
(Bundesgesetz
über die Individualbesteuerung)**

**Pour une imposition individuelle
indépendante de l'état civil
(initiative pour des impôts
équitables).
Initiative populaire
et contre-projet indirect
(loi fédérale
sur l'imposition individuelle)**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.24 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Wir setzen die Beratung der Steuergerechtigkeits-Initiative fort.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sie setzen heute die Beratung eines Dossiers fort, das die Bundespolitik bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten beschäftigt. Umso wichtiger scheint es mir, einleitend kurz zu rekapitulieren, warum wir heute eine Vorlage des Bundesrates zur Einführung der Individualbesteuerung beraten und nicht ein anderes Modell, das weiterhin eine gemeinsame Besteuerung der Eheleute vorsieht.

Zur Reform der Ehegattenbesteuerung bzw. zur Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe hat der Bundesrat in den letzten rund 25 Jahren bereits mehrere Vorschläge gemacht. Zuerst wurde im Rahmen des Steuerpakets 2001 ein Teilsplitting eingeführt; diese Vorlage wurde von der Stimmbevölkerung abgelehnt. 2007 gab der Bundesrat vier Modelle in die Vernehmlassung; diese ergab, dass weder die Reformvorschläge im Rahmen einer gemeinsamen noch diejenigen im Rahmen einer getrennten Besteuerung mehrheitsfähig waren. 2012 führte der Bundesrat erneut eine Vernehmlassung durch, und zwar zu einem Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung, doch auch dieses Modell war umstritten. Fast zur gleichen Zeit reichte die damalige CVP eine Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe ein, basierend auf der gemeinsamen Besteuerung. Sie wurde 2016 in der Volksabstimmung knapp abgelehnt. Diese Abstimmung wurde später vom Bundesgericht annulliert. 2018 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament dann den zuvor vernehmlasssten Mehrfachtarif mit alternativer Steuerberechnung, doch das Parlament wies diese Botschaft 2019 an den Bundesrat zurück und beauftragte ihn, alternative Modelle vorzulegen. Bereits im Herbst 2020 war auch dieser Entscheid wieder überholt, weil die Mehrheit des Parlamentes den Bundesrat im Rahmen der Legislaturplanung damit beauftragte, ihm eine Botschaft zur Einführung der Individualbesteuerung vorzulegen.

Hier stehen wir nun. "Das Bessere ist der Feind des Guten", sagte einst Voltaire. Man kann also sagen, dass es kein Modell gibt, das Sie nicht schon einmal beraten und dann verworfen haben. Das heisst, wir stehen heute neuerlich an einem Ausgangspunkt, wo wir erneut darüber befinden können.

Fast etwas vorwurfsvoll hat Herr Pamini in seinem Votum gefragt, warum der Bundesrat so frech sei und





hier einen indirekten Gegenvorschlag vorlege. Zum einen muss man sagen, dass der Bundesrat immer das Recht hat, einer Initiative einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Zum andern, und das möchte ich noch einmal betonen, hat das Parlament den Bundesrat damit beauftragt, ihm eine Vorlage zur Individualbesteuerung zu unterbreiten. Weil die FDP-Frauen im Jahr 2022 eine Volksinitiative für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung eingereicht haben, dient diese Vorlage zugleich als indirekter Gegenvorschlag. Die Volksinitiative selber lehnt der Bundesrat ab. Es ist aus Sicht des Bundesrates nicht nötig, diese Frage auf Verfassungsstufe zu regeln. Mit dem indirekten Gegenvorschlag würde die Volksinitiative auf Gesetzesebene vollständig umgesetzt, und das Ziel der Initiative wäre auch schneller erreicht.

Bevor ich auf den Gegenvorschlag eingehe, bleibt zu erwähnen, dass von der Mitte inzwischen eine weitere Volksinitiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe eingereicht wurde, die allerdings auf einer gemeinsamen Besteuerung von Ehepaaren beruht. Der Bundesrat lehnt auch diese Volksinitiative ab. Einen Gegenvorschlag sieht er bei dieser Initiative nicht vor, weil dieser im klaren Widerspruch zur Vorlage stehen würde, die der Bundesrat jetzt in Ihrem Auftrag erarbeitet hat und die wir heute diskutieren.

Die ganze Vorgeschichte zeigt, dass es immerhin einen Konsens zur Ehepaarbesteuerung gibt, wonach die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll; die Frage ist nur, auf welchem Weg dies geschehen soll. Die Volksinitiative der FDP-Frauen und die vom Parlament verlangte Vorlage des Bundesrates schlagen den Weg der Individualbesteuerung vor: Es sollen künftig also alle Personen individuell besteuert werden, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Die Besteuerung wäre damit zivilstandsneutral. Es würde damit nicht nur die Heiratsstrafe automatisch abgeschafft, sondern auch der Heiratsbonus, von dem etwas weniger oft die Rede ist. Verheiratete Paare würden also gegenüber unverheirateten Paaren künftig weder benachteiligt noch bevorzugt.

Mit einer Individualbesteuerung können zugleich auch die Anreize für Zweitverdienende zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erhöht werden. Der Grund dafür ist, dass mit der Individualbesteuerung im Vergleich zur gemeinsamen Besteuerung eine niedrigere Steuerlast anfällt, wenn die zweitverdienende Person – und das ist heute immer noch sehr oft die Frau – eine Erwerbstätigkeit aufnimmt oder ihr Arbeitspensum erhöht. Diese Beschäftigungseffekte würden zu einer besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeits- und Fachkräftepotenzials führen. Zudem stärkt eine getrennte Besteuerung die finanzielle Unabhängigkeit der Eheleute und verbessert die Vorsorge für das Alter sowie für den Fall einer Scheidung. Das trägt letztlich zur Gleichstellung von Frau und Mann bei und steht auch im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtes, das in neueren Entscheiden das Prinzip der Eigenversorgung nach der Scheidung betont hat.

Welches sind die wichtigsten Eckwerte des Ihnen vorliegenden indirekten Gegenvorschlages des Bundesrates? Ehepaare werden wie unverheiratete Paare individuell besteuert. Die kinderrelevanten Abzüge werden bei der direkten Bundessteuer grundsätzlich hälftig aufgeteilt. Der Kinderabzug wird bei der direkten Bundessteuer von heute 6700 Franken auf 12 000 Franken erhöht. Der Tarif der direkten Bundessteuer wird angepasst, damit sich eine ausgewogene Verteilungswirkung der Vorlage über alle Einkommensklassen ergibt. Die Individualbesteuerung wird für alle drei staatlichen Ebenen vorgesehen, sie müsste also auch von den Kantonen und Gemeinden umgesetzt werden. Einige dieser Eckwerte werden wir in der Detailberatung noch besprechen.

Ich möchte hier vor allem noch auf die finanziellen Auswirkungen für die öffentliche Hand sowie die Verschiebungen bei der Belastung der Steuerpflichtigen zu sprechen kommen, die für die Mehrheitsfähigkeit jeder Steuervorlage natürlich auch entscheidend sind. Wenn die Individualbesteuerung mit den Eckwerten eingeführt würde, die der Bundesrat zur Diskussion stellt, ist bezogen auf das Steuerjahr 2024 schätzungsweise mit Mindereinnahmen von rund einer Milliarde Franken zu rechnen. Davon würde der Bund rund 800 Millionen Franken tragen, die Kantone würden 200 Millionen

AB 2024 N 1874 / BO 2024 N 1874

Franken tragen. Diese Mindereinnahmen würden aufgrund des voraussichtlich langen Umsetzungshorizonts allerdings erst in einigen Jahren anfallen. Deshalb ist das in der Finanzplanung noch gar nicht aufgenommen. Mit der Einführung der Individualbesteuerung würden sich natürlich auch die steuerlichen Belastungen verschieben. Das liegt insbesondere bei Ehepaaren, die heute gemeinsam besteuert werden, in der Natur der Sache.

Ich möchte ein paar Konstellationen kurz durchgehen.

1. Entlastungen ergeben sich insbesondere für Ehepaare mit eher gleichmässiger Einkommensaufteilung zwischen den Eheleuten, die im heutigen System eben häufig von der Heiratsstrafe betroffen sind. Das gilt auch für zahlreiche Rentnerehepaare, weil die Einkommensaufteilung im Rentenalter typischerweise eher gleichmässig ist.
2. Eine relativ bedeutsame Verschiebung ergibt sich quasi spiegelbildlich auch für Ehepaare mit einer sehr



ungleichmässigen Einkommensaufteilung, also Ehepaare mit einem kleinen oder niedrigen Zweiteinkommen. Sie zahlen heute weniger Steuern als Konkubinatspaare in vergleichbaren Einkommensverhältnissen, weil das Ehepaar anders als das Konkubinatspaar heute den tieferen Verheiratetentarif geltend machen kann; das ist das, was ich vorhin als Heiratsbonus erwähnt habe. Für solche Ehepaare kann die Reform darum zu Mehrbelastungen bei der direkten Bundessteuer führen. Dies trifft insbesondere Einverdiener-Ehepaare mit Kindern in den mittleren und höheren Einkommensklassen. Grund dafür ist nebst dem Wegfall des heutigen Verheiratetentarifs die hälftige Aufteilung des Kinderabzugs auf die beiden Elternteile. Bei jenem Elternteil, der ein niedriges oder gar kein Einkommen versteuert, entfaltet der Kinderabzug zwangsläufig nur eine geringe oder keine Entlastungswirkung. Das ist auch der Grund, warum der Bundesrat eine starke Erhöhung des Kinderabzugs vorschlägt. Damit kann die durch den hälftigen Abzug reduzierte Entlastungswirkung etwas gedämpft werden. Die nochmalige Erhöhung war eine Anpassung, die der Bundesrat nach der Vernehmlassung vorgenommen hat.

3. Alleinerziehende Personen werden im geltenden Recht zu einem privilegierten Tarif, dem Elterntarif, besteuert. Weil dieser privilegierte Tarif wegfällt, würde die Reform insgesamt auch bei dieser Personengruppe grundsätzlich zu einer höheren Besteuerung führen. Allerdings wird diese höhere Steuerbelastung durch die deutliche Erhöhung des Kinderabzugs und die vorgeschlagenen Tarifierungen stark abgefedert, sodass das eben bei tiefen und mittleren Einkommen im Durchschnitt kompensiert werden kann. Auch bei Konkubinatspaaren mit Kindern wird heute zumindest eine Person mit dem privilegierten Elterntarif besteuert. Gemäss Schätzungen würde bei den direkten Bundessteuern für diese Gruppe der unverheirateten Personen mit Kindern im Durchschnitt eine Mehrbelastung entstehen, allerdings nur bei den höchsten Einkommensklassen. Bei allen übrigen Einkommensklassen käme es durchschnittlich zu einer Entlastung.

4. Bei den meisten unverheirateten Paaren ohne Kinder käme es wegen der Anpassung des Tarifs schliesslich ebenfalls zu einer Entlastung.

So viel zu den Mindereinnahmen und den Verteilungswirkungen. Strittig ist unter den Befürworterinnen und Befürwortern der Individualbesteuerung ja insbesondere die akzeptable Höhe der Mindereinnahmen. Diese Diskussion wird dann in der Detailberatung noch kommen. Dabei wird zu beachten sein, dass die Höhe der Mindereinnahmen ausschlaggebend ist für die Anzahl steuerpflichtiger Personen, die aufgrund der Reform mit einer Mehrbelastung rechnen müssen. Wenn man also Mindereinnahmen in der Höhe von einer Milliarde Franken akzeptiert, ist der Anteil der Steuerpflichtigen, die durch die Reform bei der direkten Bundessteuer eine Minderbelastung erfahren würden, deutlich grösser als der Anteil jener, die eine Mehrbelastung erfahren. Dank den Eckwerten, die der Bundesrat vorschlägt, insbesondere mit den Tarifierungen, verteilen sich die Entlastungen zudem gleichmässig über die Einkommensklassen. In absoluten Zahlen würde die grösste Entlastung zwar im obersten Einkommenszehntel anfallen; relativ zur Steuerbelastung betrachtet, wäre diese Entlastung hingegen bei den unteren Einkommensklassen – sofern diese überhaupt steuerpflichtig sind – bei der direkten Bundessteuer am grössten. Mit Blick auf die Familien ist vor allem die Erhöhung des Kinderabzugs bedeutsam, die wir, wie gesagt, nach der Vernehmlassung vorgenommen haben.

Ich sage abschliessend gerne noch etwas zur Umsetzung. Die Kantone wären innerhalb der Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes frei, wie sie den Wechsel zur Individualbesteuerung ausgestalten würden. Auch sie müssen dabei die Tarife und Abzüge überprüfen und gegebenenfalls neu festlegen. Von diesen Anpassungen wird abhängen, welche finanziellen Auswirkungen sich bei den kantonalen Steuern ergeben und wie auf kantonaler und kommunaler Ebene die neuen Belastungsrelationen aussehen. Für diese politischen Reformdiskussionen wird man den Kantonen eine angemessene Übergangsfrist einräumen müssen.

Die Einführung einer Individualbesteuerung würde bei den kantonalen Steuerverwaltungen auch zu einem administrativen Umstellungsaufwand führen, weil ihre heutigen Veranlagungssysteme auf die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren ausgerichtet sind. Das wurde verschiedentlich von Votantinnen und Votanten bemängelt. Gesamtschweizerisch wäre mit zusätzlichen rund 1,7 Millionen Steuererklärungen zu rechnen. Darum hat die Individualbesteuerung natürlich auch einen erhöhten wiederkehrenden Aufwand zur Folge. Allerdings relativiert die zunehmend elektronische Verarbeitung von Steuerverfahren den Mehraufwand. Die Individualbesteuerung führt zudem auch zu gewissen administrativen Vereinfachungen, etwa bei der Quellensteuer, beim Tod einer Ehegattin oder eines Ehegatten oder auch bei einer Scheidung.

Von grossen kommunalen Steuerämtern haben wir in der Kommission im Rahmen der Anhörungen gehört, dass sie den bürokratischen Mehraufwand nicht als allzu hoch einstufen. Es ist verständlich, dass man bei einer solchen Umstellung einen Mehraufwand befürchten kann. Aber wenn wir über Bürokratie sprechen, müsste man vielleicht auch über eine Vereinheitlichung des Mehrwertsteuersatzes oder über einen Abbau der Bürokratie bei der OECD-Besteuerung sprechen. Es gibt ganz viele Steuerarten, die sehr kompliziert sind. Man kann wirklich in guten Treuen für oder gegen die Individualbesteuerung sein, aber das Argument der Bürokratie



tie scheint mir nicht sehr zielführend zu sein. Wenn der Staat zu viele Steuern einzieht, sollte er dafür sorgen, dass er gerechter besteuert – er kann nicht sagen, das sei ihm zu viel Aufwand. Ich möchte Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Pamini Paolo (V, TI): Liebe Frau Bundesrätin, würde der Bundesrat angesichts der sehr bescheidenen Beschäftigungseffekte, die der Botschaft zu entnehmen sind, selbstständig motu proprio so einen Antrag stellen, ohne Auftrag des Parlamentes? Ich fasse nochmals zusammen: 10 000 bis 44 000 Vollzeitstellen entsprechen grosszügig geschätzt 2 bis 8 Prozent der erwerbsfähigen Frauen in der Schweiz.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten, weil wir sie nicht diskutiert haben, so im luftleeren Raum. Wir haben nicht im Bundesrat einfach einmal gesagt: Ja, führen wir doch jetzt die Individualbesteuerung ein oder bringen wir dieses oder jenes Modell. Von daher kann ich Ihnen keine Meinung des Bundesrates darlegen. Wir hatten einen Auftrag für die Ausarbeitung einer Vorlage, und wir haben den Auftrag erfüllt.

Ritter Markus (M-E, SG): Sehr geschätzte Frau Bundesrätin, in der Kommission wurde auf die Frage, was es bedeute, 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen zu verarbeiten, von der Verwaltung geäussert, dass dafür 1000 Vollzeitstellen für Steuerbeamte und eine Lohnsumme von etwa 150 Millionen Franken nötig wären. Können Sie diese Aussagen so bestätigen?

AB 2024 N 1875 / BO 2024 N 1875

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrter Herr Nationalrat Ritter, ich glaube, das wurde gesagt, das ist richtig. Aber dem gilt eben auch entgegenzuhalten, dass wir im Zeitalter der Digitalisierung leben. Man muss ja auch sagen, dass heute 40 Prozent der Ehen geschieden werden, und in diesen Fällen wird die Aufteilung gemacht. Oder nehmen Sie beispielsweise getrennt lebende Ehepaare, die noch nicht geschieden sind: Auch sie werden individuell veranlagt. Es ist also nicht so, dass es das heute nicht gibt. Aber es ist nicht wegzureden, dass es sicherlich einen einmaligen Umstellungsaufwand gäbe. Sie können sich sicher erinnern, dass wir auch von grösseren städtischen Steuerverwaltungen, die teils grösser sind als die kantonalen, gehört haben, dass sie diesen Aufwand als nicht allzu gross einschätzen.

Ich habe es vorhin gesagt: Politisch kann man dafür oder dagegen sein. Aber in einem sind wir uns ja einig: Es gibt eine Heiratsstrafe, und die sollte man abschaffen. Das heisst, dass das Zweiteinkommen heute zu hoch besteuert wird und dass das wahrscheinlich vor allem Frauen daran hindert, überhaupt zu arbeiten oder ihr Pensum zu erhöhen. Wenn es darum geht, dass der Staat hier weniger besteuert, finde ich, dass er auch einen gewissen Aufwand betreiben darf, um den Bürgerinnen und Bürgern diese tiefere Steuerbelastung zu ermöglichen.

Hübscher Martin (V, ZH): Bei der AHV, also bei der ersten Säule, haben wir ja eigentlich das Splitting. Frau Bundesrätin, sehen Sie nicht auch einen gewissen Widerspruch, wenn wir bei der ersten Säule während der Erwerbstätigkeit das Splitting haben? Wenn wir jetzt zur Individualbesteuerung wechseln, würden wir da einen Paradigmenwechsel machen. Müssten wir dann bei der AHV das Splitting ebenfalls aufheben und auch wieder zur Individualbesteuerung übergehen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrter Herr Nationalrat Hübscher, dieser Gedanke ist absolut berechtigt, ja. Sie haben ja eine Reform der AHV per 2026 bestellt. Da wird man auch unter anderem darüber diskutieren müssen, ob man eine Individualrente einführen will. Es gibt auch noch die Initiative der Mitte, die die Heiratsstrafe in der AHV abschaffen will; das wäre auch eine Variante, um dies zu tun. Das ist also durchaus möglich.

Aeschi Thomas (V, ZG): Frau Bundesrätin, Sie haben sehr gut ausgeführt, dass die Hauptproblematik eigentlich die hohe Progression bei der direkten Bundessteuer ist. Weshalb setzen Sie nicht dort an? Das würde dem Antrag meiner Minderheit V entsprechen, die Progression ein Stück weit zu glätten. Man muss sie nicht ganz abschaffen, es ist mir bewusst, dass eine Flat Rate Tax aufgrund der Einnahmehausfälle zu weit ginge, aber eine gewisse Glättung bei der Progression könnte herbeigeführt werden.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrter Herr Nationalrat Aeschi, dieser Einwand ist berechtigt, dieses Modell kann man durchaus diskutieren. Wir hatten aber hier den Auftrag, eine Vorlage zur Individualbesteuerung vorzulegen. Diese Vorlage gilt auch als indirekter Gegenvorschlag.



Was Sie erwähnen, basiert auf der Ehegattenbesteuerung. Wir werden nachher bei der Minderheit noch darüber diskutieren. Das kann nicht als Gegenvorschlag bezeichnet werden. Wenn Sie eine Mehrheit erzielen, kann man das absolut so machen. Ich habe Ihnen ja vorgetragen, dass ab 2001 bis 2020 bereits über sämtliche Modelle diskutiert, debattiert und abgestimmt wurde und dass kein Modell eine Mehrheit gefunden hat. Ich wünsche mir auch, dass diese Heiratsstrafe beseitigt werden kann. Wir werden jetzt schauen, wie sich die Debatte im Rahmen dieser Initiative und dann auch im Rahmen der Initiative der Mitte entwickeln wird. Ich hoffe, dass am Schluss für die Bürgerinnen und Bürger etwas herauskommt und nicht nur für die Debatten in den beiden Räten.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Madame la vice-présidente, vous le savez très bien, on ne résout pas une discrimination avec une autre discrimination, notamment concernant les couples avec des revenus dont l'écart est très important. En finalité, ne pensez-vous pas que le modèle de calcul alternatif du groupe du Centre serait peut-être la meilleure voie?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Monsieur le conseiller national, ce que je pense moi n'est pas important, parce que nous débattons ici d'un contre-projet indirect à une initiative populaire déposée par les femmes libérales-radicales. C'était le mandat du Parlement de créer et d'élaborer un projet basé sur l'imposition individuelle. On n'avait pas le mandat de vous présenter un modèle avec un calcul alternatif. Je vous ai dit qu'en 2018, le Conseil fédéral avait présenté au Parlement un calcul alternatif qui n'avait pas trouvé de majorité; ce projet avait été renvoyé au Conseil fédéral. Finalement, en 2020, on nous a donné le mandat de présenter un projet tel que celui qui est là maintenant, basé sur l'imposition individuelle.

Widmer Céline (S, ZH): Frau Bundesrätin, wenn jetzt schon das Splitting-Modell in den Raum gestellt wird: Können Sie eine ungefähre Angabe dazu machen, wie viele Steuerausfälle mit dem Splitting-Modell zu erwarten sind?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrte Frau Nationalrätin Widmer, nein, das kann ich jetzt so aus dem Stegreif nicht seriös abschätzen. Wir werden dann aber noch Zeit haben, die Initiative der Mitte zu besprechen. Die Initiative der Mitte sagt nicht, ob es ein Vollsplitting, ein Teilsplitting oder eine alternative Berechnung geben soll. In den Übergangsbestimmungen dieser Initiative wird einzig von einer alternativen Berechnung gesprochen. Welches Modell tatsächlich gewollt ist, wird man im Rahmen der Botschaft und bei der Debatte in der Kommission zur Umsetzung der Initiative ganz genau anschauen müssen.

Wenn ich es richtig im Kopf habe – ich denke, die Herren, welche die Mitte führen, werden mir das bestätigen –, besagt die Initiative nur, dass die Besteuerung dem Ehegattenmodell folgen soll. Das ist der Grundsatz, der in die Bundesverfassung geschrieben werden soll. Dieser kann mittels Voll- oder Teilsplitting oder mittels alternativer Berechnung umgesetzt werden.

Bertschy Kathrin (GL, BE), für die Kommission: Ich möchte kurz auf vier Punkte eingehen, welche in der Debatte zur Sprache gekommen sind: auf die Initiative der Mitte, auf die Volksabstimmung, auf die Komplexität und auf die Beschäftigungseffekte.

Als erster Punkt ein kurzer Exkurs zur neuen Initiative der Mitte, welche in der Kommission auch zur Sprache kam, und das schon vor Jahren, nämlich im Rahmen der Beratung zur Vorlage zur alternativen Steuerberechnung: Sie fordert eine solche Berechnung oder ein Splitting; auch das hatten wir in der Kommission. Die alternative Steuerberechnung wurde mit der Vorlage 18.034, "Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)", bereits einmal vorgelegt und in unserem Rat verworfen, und das nicht so knapp, nämlich mit 113 zu 80 Stimmen bei 1 Enthaltung; das war im Dezember 2019. Auch die Finanzdirektorenkonferenz beantragte damals nicht, auf die alternative Steuerberechnung einzutreten. Das Modell der alternativen Belastungsrechnung schaffe neue Verzerrungen, missachte den Harmonisierungsauftrag der Bundesverfassung und kompliziere das Steuersystem. Es sei administrativ komplex, ein solches Doppelsystem zu führen.

Man kam damals zum Schluss, dass es zwar viel koste, aber viel weniger bringe. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis war also viel schlechter als dasjenige für die Individualbesteuerung. Den Beschäftigungseffekt veranschlagte der Bundesrat damals weit tiefer, mit rund 15 000 Vollzeitstellen, und das bei höheren Kosten, bei Steuerausfällen von rund 1,2 Milliarden Franken. Dabei wäre es nicht oder zumindest nicht in diesem Ausmass zu diesen Verhaltensänderungen gekommen, die wir hier bei der Individualbesteuerung erwarten. Darum wies unser Rat im Dezember 2019 die Vorlage zur alternativen Berechnung mit dem Auftrag zurück, eine Individualbesteuerung vorzulegen. Das eine Modell, das jetzt auch noch zur



AB 2024 N 1876 / BO 2024 N 1876

Debatte gebracht wurde, wurde also bereits einmal, deutlich und aus guten Gründen, verworfen. Zum anderen Modell, das wir dann in der Detailberatung noch besprechen können, zum Splitting-Modell, wurde vorhin die Frage gestellt, was das koste. Wir haben Berechnungen zur Hand, die der Kommission vorgelegt sind: Ein Vollsplitting würde rund 3 Milliarden Franken an Mindereinnahmen generieren, auch das ohne diese positiven Verhaltensänderungen, welche wir bei der Individualbesteuerung erwarten. Das zum ersten Punkt. Zum zweiten Punkt: Es wurde verschiedentlich gesagt, die Initiantinnen und Initianten sollten ihre Initiative doch einfach der Bevölkerung vorlegen. Ich möchte nochmals betonen, dass diese Umsetzung der Individualbesteuerung nicht nur deswegen vorliegt, weil ausreichend viele Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt worden sind, sondern auch, weil wir diese alternative Steuerberechnung an den Bundesrat zurückgewiesen und eine Individualbesteuerung verlangt haben. Dies hat auch damit zu tun, dass unser Rat eine Motion Markwalder angenommen hat und dass wir im Rahmen der Legislaturplanung 2019–2023 den Auftrag erteilt haben, diese Individualbesteuerung vorzulegen. Wir diskutieren heute also die Umsetzung eines Auftrags der Mehrheit beider Räte, was jetzt parallel zur Initiative geschieht, zu welcher darum bereits der Umsetzungsvorschlag vorliegt.

Dann noch zum dritten Punkt, zur Komplexität: Die Vorlage wurde nach der Vernehmlassung angepasst, was möglicherweise nicht alle mitgekriegt haben. Sie ist nicht mehr so komplex wie vorher. Insbesondere wurde das Anliegen der Kantone aufgenommen, auf die Abhängigkeiten, die Interdependenzen zwischen Ehe- und Konkubinatspaaren zu verzichten, um die Veranlagung zu vereinfachen. Wer macht den Kinderabzug? Wer kriegt den Familientarif? Diese Abhängigkeiten, diese Doppeltarife fallen in Zukunft weg, und es wird darum eben auch einfacher. Man kann mehr automatisieren und die Ehepaare schlicht getrennt veranlagern. Das haben uns Veranlagungsexperten in der Kommission aufgezeigt. Im Grundsatz gibt es keine gegenseitigen Abhängigkeiten mehr. Und auch der Bezug wird einfacher. So muss man beispielsweise keine komplizierten Rechtsmittelverfahren einleiten, wenn Ehepaare, die zum Beispiel in Trennung sind, nicht zahlen.

Wir hatten unter anderem drei Experten in der Kommission, welche selber veranlagern, und zwar in einem Kanton oder in einer der grössten Gemeinden, und sie teilen das Bürokratieargument nicht. Es gibt einen Initiaaufwand, das ist richtig, aber der bürokratische Aufwand wurde von ihrer Seite nicht angesprochen. Das ist ein Argument der Gegner. Es wurde in der Kommission nicht genannt vonseiten jener, die die Veranlagungen machen. Vielmehr haben sie eben auch betont, was einfacher wird.

Dann komme ich noch zum vierten Punkt, den Beschäftigungsanreizen. Die Erwerbsanreize bei der Individualbesteuerung verbessern sich, wenn der Grenzsteuersatz, der das zweite Einkommen belastet, neu bei null beginnt und eben nicht der erste Einkommensfranken der Frau oder auch des Mannes zum Grenzsteuersatz des Erstverdieners versteuert wird. Der Grund, weshalb die Individualbesteuerung diese Beschäftigungseffekte hervorbringt, ist, dass sie insbesondere auf Steuerpflichtige abzielt, welche besonders elastisch sind, also stark reagieren auf Veränderungen bei den Steuern, auf Veränderungen des Einkommens. Und man weiss aus der ökonomischen Literatur, dass insbesondere verheiratete Frauen mit Kindern stärker mit einer Verhaltensänderung reagieren, zum Beispiel mit einer Pensenanpassung, als beispielsweise Männer oder Frauen ohne Kinder. Es gibt drei Studien, die diese Effekte in der Schweiz geschätzt haben. Sie kommen auf Beschäftigungseffekte, die sich in Form von zwischen 40 000 und 60 000 zusätzlichen Vollzeitäquivalenten zeigen. Das ist auch eine Forderung, welche uns die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) seit über zehn Jahren empfiehlt, weil sie positive Beschäftigungseffekte hätte.

Der Vorteil der Individualbesteuerung ist, dass sie die Frauen abholt, indem die Steuerbelastung für diese bei null beginnt, wenn sie das Zweiteinkommen erzielen. Das erreichen wir nur mit einer Individualbesteuerung, nicht mit einer gemeinsamen Veranlagung, nicht mit einem Splitting, nur sehr beschränkt mit einer alternativen Steuerberechnung und nicht durch eine allgemeine Senkung des Steuersatzes.

Ich bitte Sie namens der Kommission, auf den Entwurf des Bundesrates einzutreten.

Bendahan Samuel (S, VD), pour la commission: Loin de moi l'idée de refaire les débats. Toutefois, à la suite de certaines interventions, j'aimerais préciser certains éléments discutés au sein de la commission et qui ont poussé sa majorité à privilégier le modèle de l'imposition individuelle par rapport aux autres propositions sur la table.

Premièrement, les coûts. Mme la conseillère fédérale vient de dire qu'il n'est pas forcément facile d'estimer les coûts tant que l'on n'a pas une idée précise du modèle. Nous discuterons tout à l'heure des minorités. Un calcul a été fait pour estimer, par exemple, le coût de la proposition de la minorité V (Aeschi Thomas) qui est un des modèles de splitting avec réforme du barème. Cette estimation des coûts a donné un résultat d'environ



3,2 milliards de francs par année. C'est donc un modèle plus cher que le modèle retenu par la majorité de votre commission. Concernant les coûts, il est également important de noter un aspect fondamental: nous discutons en réalité de deux modèles différents. Si nous souhaitons politiquement annuler la discrimination entre couple concubin et couple marié, ou en tout cas la réduire, nous avons le choix entre l'imposition individuelle, des modèles de type splitting, ou faire deux fois les calculs et prendre le plus avantageux pour les contribuables. Mathématiquement, si on veut que la charge fiscale des couples mariés ne soit pas plus élevée dans la nouvelle situation, les modèles alternatifs sans imposition individuelle seront bien entendu beaucoup plus chers. Avec le modèle d'imposition individuelle, vous n'êtes pas obligé de calculer deux modèles et de prendre le plus avantageux des deux. Ce modèle rajoutera des coûts massifs à la réforme.

Concernant les coûts, la question de la complication des modèles et de la complication en raison de déclarations multiple a aussi été mentionnée. Il s'agit d'une question d'application. Si nous retenons un modèle où l'on garde une imposition du couple sans imposition individuelle, mais que l'on doit quand même calculer aussi l'imposition individuelle pour avoir le plus avantageux, par exemple, du point de vue mathématique, la charge administrative est la même, voire pire, puisque vous devez faire deux calculs différents. Avec l'imposition individuelle, rien n'empêche théoriquement les cantons ou les percepteurs d'impôt de maintenir une seule déclaration, du moment que le calcul est évidemment fait pour les deux contribuables. Ces éléments ont également été discutés dans le cadre du débat. Rien ne dit que parmi les modèles qui visent à réduire cette inégalité, le plus cher serait l'imposition individuelle, et rien ne dit que cela impliquerait plus de chiffres à indiquer dans plus de formulaires.

Enfin, des arguments ont été apportés, dans le cadre des débats, sur les divorces. Un élément qui a été discuté et que je rappelle, c'est que, puisqu'il existe aujourd'hui des litiges importants lors des divorces, un système d'imposition individuelle qui clarifie les choses dès le début permettra, en cas de séparation, de rendre les choses plus simples. Vu le taux de séparation dans le pays, ce n'est pas forcément un désavantage de régler les choses quand elles sont moins compliquées. Enfin, d'autres arguments ont été donnés par rapport, par exemple, à l'orientation sexuelle des couples. Rien de déterminant n'a, en commission, donné le moindre indice que l'orientation sexuelle des personnes dans les couples avait la moindre influence par rapport à cela. La réforme qui amène l'imposition individuelle fait une chose simple: elle supprime de façon totale la différence qui existe entre deux personnes mariées et deux personnes concubines; point final.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à suivre la majorité de la commission de votre conseil et à entrer en matière sur le contre-projet. Nous reporterons, si tout va bien, la discussion concernant l'initiative à plus tard, une fois le traitement du contre-projet par les chambres terminé.

AB 2024 N 1877 / BO 2024 N 1877

Pamini Paolo (V, TI): Cher collègue, je ne me souviens pas d'avoir entendu, lors des travaux en commission, l'argument selon lequel il n'y aurait pas de taxation supplémentaire. Etes-vous sûr que je vais trouver cela dans les procès-verbaux de commission?

Bendahan Samuel (S, VD), pour la commission: Je suis sûr d'avoir mentionné cela à titre personnel, puisque je peux dire ce que j'ai dit moi-même. Je suis sûr d'avoir mentionné moi-même dans les débats que cela ne changerait rien.

2. Bundesgesetz über die Individualbesteuerung **2. Loi fédérale sur l'imposition individuelle**

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Müller Leo, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Page, Pamini, Ritter, Tuena)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière



*Proposition de la minorité*

(Müller Leo, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Page, Pamini, Ritter, Tuena)

Ne pas entrer en matière

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Wir stimmen über den Antrag der Minderheit Müller Leo auf Nicht-eintreten auf den indirekten Gegenvorschlag ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29635)

Für Eintreten ... 99 Stimmen

Dagegen ... 90 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Sie sind auf den indirekten Gegenvorschlag eingetreten. Die Anträge der verschiedenen Minderheiten beraten wir in einer einzigen Debatte.

Ryser Franziska (G, SG): Die Individualbesteuerung bringt einen grundlegenden Wechsel in der Besteuerung von Ehepaaren. Die Ehepartner bewahren ihre steuerliche Eigenständigkeit, da keine Veranlagungsgemeinschaft mehr gebildet wird, was bei 80 Prozent der Ehepaare den Frauen zugutekommt. Damit wird das Steuersystem nicht nur endlich zivilstandsunabhängig und damit verfassungskonform, es beseitigt auch die unerwünschten negativen Erwerbsanreize für – grossmehrheitlich – Frauen.

Diese Vorlage soll aber nicht zu einer Steuerentlastungsreform verkommen. Wir müssen sie so ausgestalten, dass es zu einer gerechten Verteilung der Steuerlast kommt, ohne dass sie zu Ausfällen beim Bund führt. Wir befinden uns finanzpolitisch in einer angespannten Situation. Die Sparmassnahmen, die im Raum stehen, kommen in den Bereichen Klimaschutz, Bildung und Sozialstaat einem Kahlschlag gleich. Es wäre kurzsichtig, den Bundeshaushalt jetzt mit einer weiteren Milliarde pro Jahr zu belasten. Vor diesem Hintergrund ist es das Mindeste, diese Reform aufwandneutral umzusetzen. Mit einer Anpassung der Tarife und einer leichten Zunahme der Progression kann die Individualbesteuerung eingeführt werden, ohne dass dadurch noch weitere unnötige Löcher in die Staatskasse gerissen werden.

Der indirekte Gegenvorschlag, also die technische Umsetzung der Individualbesteuerung, ist in vielen Punkten gut. Dies zeigt sich in der Aufteilung der kinderrelevanten Abzüge auf beide Eltern, der punktuellen Erhöhung bei den Kinderabzügen, um eine Mehrbelastung durch den Systemwechsel abzufedern, oder dem Fehlen unnötiger Spielereien wie eines Ersterwerbsabzugs, der die Ziele der Reform und die Erwerbsanreize zunichtegemacht hätte. *(Zwischenruf des Präsidenten: Es ist zu laut im Saal. Bitte folgen Sie der Debatte. Gespräche können Sie ausserhalb des Saales führen. Bitte, Frau Ryser.)* Besten Dank, denn jetzt kommt der wichtigste Punkt: Der indirekte Gegenvorschlag ist gut, einzig die Tarife überzeugen noch nicht. Sie nehmen Personen im obersten Einkommensdezil zu wenig in die Pflicht. Dieses Ungleichgewicht steht einer Unterstützung der Reform gefährlich im Weg.

Mit meiner Minderheit I beantrage ich ein Tarifsystem, das ohne Mindereinnahmen auskommt. Trotz einer steileren Progression würden gegenüber heute immer noch 45 Prozent der steuerpflichtigen Personen profitieren, und nur 19 Prozent der Personen würden zusätzlich, und das in einem vertretbaren Umfang, belastet. Für ein Einkommen bis 100 000 Franken wären zusätzliche Steuerbeträge im Rahmen von 30 bis 300 Franken pro Person geschuldet. In den kommenden Jahren wird die Reform zudem dynamische Effekte bringen. Eine bessere Erwerbsbeteiligung bringt höhere Löhne und erweitert damit in den kommenden Jahren auch die Steuerbasis. Deshalb soll die Anpassung der Tarife zehn Jahre nach Einführung überprüft und sollen die Tarife gegebenenfalls wieder auf ein tieferes Niveau gesenkt werden.

Mit dem Antrag meiner Minderheit bleiben alle Vorteile einer Reform gewahrt, für die Gleichstellung, für den Arbeitsmarkt, für die Wirtschaft, ohne dass der Staat zur Kasse gebeten wird. Die Kosten werden auch bei einer Volksabstimmung thematisiert werden. Jetzt besteht die Chance, einen ausgewogenen und finanziell tragbaren Gegenvorschlag zu bauen.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit II (Bertschy) wird von Frau Christ begründet.

Christ Katja (GL, BS): Die Minderheit beantragt Ihnen, für die ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten der Reform einen alternativen Steuersatz einzuführen, der die geschätzten Mindereinnahmen auf maximal 500 Millionen



Franken pro Jahr begrenzen soll. Nach dieser Übergangszeit dürften die dynamischen Effekte der Reform wie die Zunahme der Beschäftigung sowie der Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen so weit greifen, dass der vom Bundesrat vorgeschlagene Tarif vollständig übernommen werden kann.

Dieser Minderheitsantrag ist vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Bundes zu sehen, aber auch im Lichte der Rückmeldungen von Befürwortern wie dem Städteverband, der Finanzkommission, die einen Mitbericht verfasst hat, und den anderen befürwortenden Fraktionen. Alle begrüßen den Systemwechsel, sind jedoch der Ansicht, dass die Mindereinnahmen in den ersten Jahren nicht so leicht kompensiert werden können, da die positiven Effekte der Reform noch nicht vollständig zum Tragen kommen. Der Antrag sieht eine stärkere Anhebung der Progression im neunten und zehnten Dezil vor. Dies ist von besonderer Bedeutung, weil dadurch auf eine Anhebung des Maximalsteuersatzes von 11,5 Prozent und somit auf eine Verfassungsänderung verzichtet werden kann. *(Zwischenruf des Präsidenten: Herr Hübscher, Herr Hurter, Frau Riem, bitte draussen, es mag spassig sein, aber nicht hier drin. Bitte, Frau Christ.)* Gleichzeitig werden die niedrigen Einkommen nicht zusätzlich belastet, da sozialpolitisch unerwünscht. Im Vergleich zum Status quo werden dennoch deutlich mehr Personen entlastet. Wir halten dies für vertretbar. Natürlich suchen wir wieder einmal vergeblich nach der eierlegenden Wollmilchsau. Das Ideal einer Entlastung für alle ohne jegliche Mindereinnahmen für den Staat ist realpolitisch leider nicht sofort erreichbar, zumindest nicht unmittelbar nach der Einführung.

Die Minderheit Bertschy befürwortet daher diese etwas konservativere Ausgestaltung des Steuertarifs für die ersten zehn Jahre. Nach dieser Zeit wird der vom Bundesrat vorgeschlagene Tarif angewandt. Bis dahin sollten die dynamischen Effekte der Reform wie das Beschäftigungswachstum und zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen

AB 2024 N 1878 / BO 2024 N 1878

die Mindereinnahmen weitgehend ausgeglichen, wenn nicht sogar übertroffen haben.

Wichtig ist aber auch dies: Sollten vor Inkrafttreten der Reform Schätzungen zeigen, dass die erwarteten Mindereinnahmen 500 Millionen Franken pro Jahr nicht übersteigen, kann bereits zu diesem Zeitpunkt auf den Tarif des Bundesrates gewechselt werden. Dieser Vorschlag bietet eine Absicherung, um die Mindereinnahmen in den ersten Jahren zu begrenzen.

Fazit: Der Antrag der Minderheit bleibt im Wesentlichen ohne Wirkungsverlust auf die Erwerbsanreize, er ist befristet auf zehn Jahre, dies mit einer vorgängigen Überprüfung, und der alternative Steuertarif wird nicht vorsorglich eingeführt, sondern nur, wenn aktuelle Schätzungen zeigen, dass die Mindereinnahmen zu Beginn 500 Millionen Franken pro Jahr übersteigen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Minderheit zu unterstützen, um die Befürworter zu einen. Das Wichtigste ist, dass der Systemwechsel grundsätzlich gelingt und die Individualbesteuerung eingeführt wird. Dies schafft die positiven Erwerbsanreize für Zweitverdienende und die volkswirtschaftlich erwünschte Wirkung. Diese Wirkung wird nicht allein durch Steuerentlastungen erreicht, die zwar von der Stimmbevölkerung geschätzt werden, deren Mindereinnahmen in den ersten Jahren jedoch der Finanzkommission einiges Kopfzerbrechen bereiten könnten.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich glaube, es ist unbestrittenermassen richtig – zumindest sehen das diejenigen so, die vorhin zugestimmt haben –, dass wir den Wechsel auf die Individualbesteuerung machen, er ist längst überfällig. In dem Sinne ist den Initiantinnen und Initianten dieser Vorlage auch ein Dank auszusprechen, dass dieses Thema in die Räte kommt und sich in aller Deutlichkeit zeigt. Es ist für die Sozialdemokratische Fraktion unbestritten, dass wir diesen Weg weiterverfolgen müssen.

Allerdings haben bereits meine Vorrednerinnen und deren Fragen auf gewisse, nennen wir es einmal so, Umsetzungsprobleme dieser Vorlage hingewiesen. Das ist an und für sich nicht überraschend. Logischerweise bringt eine Umstellung von einem Steuersystem auf ein anderes auch Umstellungseffekte mit sich. Mindestens zwei dieser Effekte sollten sich, so meine ich, mit dem Antrag meiner Minderheit III etwas korrigieren lassen. Diese Minderheit schlägt Ihnen vor, die Chance, die sich uns heute bietet, zu nutzen und den Gegenvorschlag auszubauen, nämlich zu einem Gegenvorschlag zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Welches sind die zwei Umstellungsprobleme? Das eine Problem ist natürlich der Verteilungsbias, der bei dieser Vorlage zumindest in einem ersten Moment erkennbar ist. Kollegin Christ hat richtig argumentiert, dass sich diese Effekte mit der Zeit wahrscheinlich ausgleichen werden. Aber zum einen werden nach der Vorlage des Bundesrates zunächst 40 Prozent des Gesamteffekts für Rentnerinnen und Rentner spürbar. Es geht jetzt nicht darum, das den Rentnerinnen und Rentnern irgendwie madig machen zu wollen, aber bei der Um-



stellung dieses Steuersystems soll es insbesondere um erwerbstätige Paare gehen. Zum andern entfallen 35 Prozent der Gesamtsumme der Entlastungswirkung alleine auf das oberste Dezil. Die obersten zwei Dezile zusammen verzeichnen bereits mehr als die Hälfte der gesamten Umverteilung respektive Entlastungswirkung dieser einen Milliarde Franken. Sie sehen, es ist eine sehr klassenschiefe Verteilung, die diese Umstellung mit sich bringt. Wie gesagt, zumindest bei den Rentnerinnen und Rentnern bin ich einverstanden, dass sich das Problem mit der Zeit etwas verwachsen wird.

Das zweite Umstellungsproblem sind die Beschäftigungseffekte, die bereits angesprochen wurden. Wahrscheinlich ist das Problem nicht derart massiv, zumindest was die Beschäftigungseffekte der Bundesvorlage betrifft. Da bewegen wir uns im vierstelligen Bereich, es geht nicht um wahnsinnig viel mehr. Warum? Diese Reform wird primär Leute entlasten, die wahrscheinlich schon zu einem grossen Teil in einer Partnerschaft sind, in der beide Teile arbeiten. Für diejenigen mit tieferen und mittleren Einkommen bringt diese Vorlage nicht viel. Da würde sich natürlich eine Kombination mit dem Ausbau der Gleichstellungsinfrastruktur, insbesondere was die Kinderbetreuung angeht, enorm anbieten. Sie wissen, wir behandeln diese beiden Geschäfte im Moment parallel im Rat, und wir kommen nie mehr so kostengünstig wie mit diesem Antrag der Minderheit III zu einer Lösung, die einerseits das Steuersystem gleichstellungspolitisch neu ausrichtet und andererseits gleichzeitig einen Schub in der Förderung der familienexternen Kinderbetreuung bringt. Dies wird am Ende für das wirkliche Erreichen der Gleichstellung in der Erwerbsarbeit und auf dem Arbeitsmarkt viel entscheidender sein.

Ja, beide Seiten müssten beim Minderheitsantrag III aufeinander zugehen. Die Vorlage der WBK-N wäre nicht mehr in der Dimension umsetzbar, wie sie angedacht wurde. Nach den Verhandlungen im Ständerat war sowieso klar, dass das nicht ganz einfach wird. Und ja, die Bundesratsvorlage mit dieser einen Milliarde Franken an Ausfällen, Stand 2024, wäre so auch nicht direkt umsetzbar. Man müsste sich ungefähr in der Mitte finden. Ich komme zum letzten Punkt: Meine Minderheit III schlägt Ihnen vor, dass das Kostendach für beide Massnahmen gleich bleibt, das heisst, dass wir diese eine Milliarde Franken einstellen könnten. Aber mit der Kombination der Förderung der familienexternen Kinderbetreuung und der Individualbesteuerung würden wir eine Lösung finden, die allen Einkommensklassen unserer Gesellschaft etwas bringen und die Gleichstellung in allen Einkommensklassen vorantreiben würde.

In diesem Sinne würde ich Sie bitten, den Kompromiss mitzutragen und der Minderheit III (Wermuth) zuzustimmen.

Pamini Paolo (V, TI): Beim Antrag meiner Minderheit IV geht es darum, das Problem der Heiratsstrafe mittels der sogenannten Splitting-Methode zu lösen. Wir sind uns alle einig, das haben wir heute und auch letzte Woche mehrmals gehört, dass die Heiratsstrafe abgeschafft gehört. Die Individualbesteuerung ist natürlich eine mögliche Methode, um dieses Ziel zu erreichen, sie ist aber nicht die einzige.

Die Hauptargumente für die Individualbesteuerung sind neben dem Umstand, dass endlich eine Lösung für die Heiratsstrafe gefunden werden muss, Beschäftigungseffekte, wie wir sie hier mehrmals betont und besprochen haben. Diese sind jedoch lächerlich, das habe ich schon letzte Woche gesagt: Der Bundesrat hat sie hochgerechnet und auf einen einmaligen Effekt von 10 000 bis 44 000 Vollzeitäquivalenten geschätzt. Das ist nichts. Jährlich kommen 80 000 Einwanderer in die Schweiz, jährlich! Jedes Jahr werden es 80 000 Leute mehr, und hier haben wir als Argument für die Individualbesteuerung 44 000 Vollzeitäquivalente. Letzte Woche erklärte ich schon, das entspräche – wenn man das grosszügig hochrechnet – etwa 2 bis 8 Prozent der erwerbsfähigen Frauen, wenn sie einen Tag pro Woche, also 20 Prozent, mehr arbeiten würden.

Warum betone ich das? Wenn die Beschäftigungseffekte als Argument wegfallen, dann bleibt eigentlich nur die Frage der Heiratsstrafe auf dem Tisch. Und die Heiratsstrafe könnte man effizienter, straffer und direkter lösen, indem man eben zum Beispiel ein Splitting-Verfahren einführt. Splitting ist keine Erfindung von Herrn Pamini. Die Splitting-Methode kennen 14 von 26 Kantonen, das sind: Schwyz, Nidwalden, Glarus, Freiburg, Solothurn, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Neuenburg und Genf. Diese 14 Kantone kennen schon heute, teilweise seit den Achtzigerjahren, ein Splitting-Verfahren. Über die Frage, was besser geeignet ist, Vollsplitting oder Teilsplitting, können wir hier natürlich noch streiten.

Warum diskutieren wir das überhaupt? 1984 sagte das Bundesgericht im Urteil Hegetschweiler bekanntlich, dass die Heiratsstrafe abgeschafft gehöre – und die Kantone haben das natürlich gemacht. Ein Splitting-Verfahren liegt wirklich auf der Hand. Beim Vollsplitting, das ist das, was ich vorschlage, brauchen wir einfach das Gesamteinkommen des Ehepaars – gleichgeschlechtliche Ehepaare würden auch profitieren – und teilen es durch zwei. Als satzbestimmendes



AB 2024 N 1879 / BO 2024 N 1879

Einkommen würden wir genau diese Hälfte nehmen. In dieser Splitting-Fiktion gehen wir davon aus, dass beide Ehegatten dasselbe verdienen. Ich glaube, das ist wirklich die einfachste und schnellste Lösung, um das Problem der Heiratsstrafe zu lösen.

Natürlich ist das Splitting keine inhaltliche Antwort auf die Initiative, aber im Sinne eines Gegenvorschlags zur Bekämpfung der Heiratsstrafe ist es absolut vertretbar. Zugegebenermassen, das sagt auch die Botschaft, geht diese Lösung natürlich nicht mit denselben Auswirkungen wie die Individualbesteuerung einher, aber auch ein Splitting-Verfahren motiviert mehr Leute, nicht nur Frauen, Teilzeit zu arbeiten.

Aber eben: Auch nach der Detailberatung in der Kommission wissen wir, dass diese Beschäftigungseffekte als Argument lächerlich sind. Ich sage das bewusst: Sie sind lächerlich – man muss sich einfach die Zahlen anschauen. Das kann nicht das Argument für eine Individualbesteuerung sein. Natürlich respektieren wir alle Meinungen. Man kann sagen, diese Lösung vernichtet die Wertvorstellung von traditionellen Familien, von homosexuellen Paaren, verheirateten Paaren. Das sind alles vertretbare Argumente. Aber die Beschäftigungseffekte sind kein Argument. Das steht ganz klar, schwarz auf weiss, in der Botschaft.

Das Splitting ist übrigens eine der möglichen Lösungen, die mit dem Anliegen der Volksinitiative konsistent sind. Es ist natürlich nicht die einzige, das wissen wir. Aber das Splitting würde den Bürgerinnen und Bürgern eine entsprechende Antwort geben, die den Initiativtext unterzeichnet haben.

Widmer Céline (S, ZH): Geschätzter Kollege, Sie haben jetzt ganz, ganz oft betont, dass die Beschäftigungseffekte lächerlich seien. Finden Sie es lächerlich, wenn 150 000 Frauen ihre Arbeitspensen erhöhen?

Pamini Paolo (V, TI): Danke, Frau Kollegin, diese Frage wurde schon letzte Woche gestellt. Natürlich ist es nicht lächerlich, wenn Frauen mehr arbeiten; lächerlich ist, dass nur wenige mehr arbeiten würden, die Beschäftigungseffekte aber genau das Hauptargument des Initiativkomitees sind. Und traurig, nicht lächerlich, sind etwa die 240 Millionen Franken Lohnkosten für 1600 zusätzliche Steuerkommissäre – das sind dann vielleicht doch Beschäftigungseffekte.

Hübscher Martin (V, ZH): Herr Kollege Pamini, können Sie noch etwas über den Vorteil des Splittings bezüglich der Aufteilung der Vermögensbesteuerung sagen? Das wurde wenig erwähnt. Ist ein Splitting in Bezug auf die Vermögensaufteilung nicht auch von Vorteil gegenüber der Individualbesteuerung?

Pamini Paolo (V, TI): Ich danke Ihnen, Herr Kollege. Genau, wir würden den Ehepaaren nicht die faktische steuerliche Trennung aufzwingen, weil die gemeinsame Besteuerung weiterhin bestehen würde. Das ist sehr relevant für Bauernfamilien; für Familien, die zum Beispiel einen Betrieb haben; für alle Familien, denen es in der Ehe gutgeht und die sich nie die Frage gestellt haben, was wem gehört; für Familien, bei denen eine faktische Trennung eben bisher kein Thema gewesen ist. Mit dem Splitting würde sich bei der Vermögensbesteuerung nichts ändern.

Aeschi Thomas (V, ZG): Ich zitiere aus der Medienmitteilung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 30. Januar 2023: "Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) ist der Ansicht, dass die Vorlage für die Einführung der Individualbesteuerung viele Ungleichheiten und Probleme verursacht." Weshalb? Werte Vertreter der FDP, der Grünliberalen, der SP und der Grünen, unterstützen Sie eine Vorlage, die gemäss einer deutlichen Mehrheit der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren viele Ungleichheiten und Probleme verursacht? Möchten Sie mit der Abschaffung der Heiratsstrafe nicht bezwecken, gerade Ungleichheiten und Probleme abzuschaffen, statt gleich wieder neue Ungleichheiten und Probleme zu schaffen?

Ein zweites Zitat aus der Medienmitteilung: "Die Vernehmlassungsvorlage erhöht die Komplexität der Steuererhebung für Steuerpflichtige und Behörden übermässig und ist für die Kantone finanziell nicht tragbar." Am 12. Oktober 2010 haben die Vertreter der FDP die eidgenössische Volksinitiative "Bürokratie-Stopp!" lanciert, und die Grünliberale Partei schreibt in ihren Leitlinien vom 11. Oktober 2014, sie setze sich für einen starken, aber schlanken Staat ein. Weshalb wollen Sie die natürlichen Personen, die schon heute über zu viel Bürokratie klagen, noch mit zusätzlicher Bürokratie belasten?

Ein drittes Zitat aus der Medienmitteilung: "Die getrennte Besteuerung ist vor allem für Zweiverdienerehepaare mit gleichmässiger Einkommensaufteilung vorteilhaft. Sie kann aber eine neue, stossende Ungleichheit zwischen Einverdiener- und Zweiverdienerehepaaren schaffen." Verstehe ich Sie richtig, Werte Vertreter der FDP, der Grünliberalen und von Links-Grün? Sie machen Politik für Double-Income-No-Kids-Paare. Sie wollen



Double-Income-No-Kids-Paare bevorzugen. Viele ausländische Expats wollen Sie bevorzugen, aber dies auf Kosten des Schweizer Mittelstandes mit seinen vielen hart arbeitenden Ehepaaren, die aufgrund der Kinderbetreuung nicht immer eine gleichmässige Einkommensaufteilung vorweisen können.

Ich komme noch zum vierten Zitat aus der Medienmitteilung: "Ausserdem bestehen Zweifel an den im Falle einer Umsetzung der Vorlage erwarteten Beschäftigungseffekten." Hier kommen wir auf das Thema zurück, das Herr Pamini gerade mit Frau Widmer diskutiert hat. Gemäss Verwaltung werden Beschäftigungseffekte in Form von 45 000, nicht etwa 150 000, wie gerade gesagt wurde, sondern, ich wiederhole, von 45 000 zusätzlichen Vollbeschäftigten erwartet. Das ist die Hälfte der Nettozuwanderung eines Jahres. Mit Verlaub, diese Zahl ist vernichtend und rechtfertigt auf keine Art und Weise, dieses Bürokratiemonster zu schaffen, wie Sie es tun wollen, das die hart arbeitenden mittelständischen Familien mit Kindern noch mehr diskriminiert und das gemäss Aussage der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren viele neue Ungleichheiten und Probleme verursacht. Gleichzeitig bieten Sie aber nicht Hand, die masslose Zuwanderung zu beschränken. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit am 1. Juni 2002 sind netto mehr als 1,5 Millionen Personen in die Schweiz eingewandert. Ich kann über diese Vorlage wirklich nur den Kopf schütteln.

Ich beantrage Ihnen mit meiner Minderheit V ein Teilsplitting. Das geht nicht ganz so weit wie ein Vollsplitting. Es handelt sich um ein Teilsplitting mit Faktor 1,75. Und wie ich bereits vorhin in meiner Frage an Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläuterte, soll damit eben die Progression zumindest ein bisschen geglättet werden. Das ist die Absicht. Ich bitte Sie entsprechend, diesen Gegenvorschlag zu unterstützen. Selbstverständlich kann man dann noch den Titel entsprechend ändern, Frau Bundesrätin; an dem sollte es nicht scheitern. Aber das ist heute die grosse Frage: Wollen Sie wirklich die Familien auseinanderdividieren, oder wollen Sie eben mit dem Teilsplitting eine viel bessere, viel weniger bürokratische Lösung unterstützen, die sich nicht gegen traditionelle Familien richtet, Familien, die Kinder erziehen und unser Land in der Vergangenheit aufgebaut haben?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Sie machen genau den gleichen Fehler, den unsere Kommissionssprecherin erwähnt hat: Sie nehmen das Pressecommuniqué von Anfang 2023, d. h. jenes zur letzten Vorlage und nicht zur neuen Vorlage, welche wir in der Kommission behandelt haben. Warum machen Sie das?

Aeschi Thomas (V, ZG): Wieso mache ich das? Weil man anhand dieser Zitate eben genau sieht, wie die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren über die Vorlage denkt. Es sind Zitate, die weiterhin ihre Gültigkeit haben. Ich wüsste nicht, was sich in der Zwischenzeit geändert hätte. Wenn Sie diese Zitate lesen, dann ist das Urteil der Finanzdirektorenkonferenz schlicht vernichtend – es ist vernichtend. Und nicht einmal bei den Beschäftigungseffekten kommen wir auf die vom Initiativkomitee behauptete Zahl. Die Schätzungen werden entsprechend in Zweifel gezogen.

AB 2024 N 1880 / BO 2024 N 1880

Widmer Céline (S, ZH): Geschätzter Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen, was sich verändert hat. Unter anderem wurde der Kinderabzug noch massiv erhöht. Ist Ihnen bewusst, dass der Kinderabzug auf 12 000 Franken erhöht wurde?

Aeschi Thomas (V, ZG): Ja, das ist mir bewusst.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Die grosse Idee, die wir in diesem Saal zu vertreten haben, ist, Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Aber anstatt längst fällige Entscheide zu treffen, um Ungerechtigkeiten abzuschaffen, schaffen wir neue Ungerechtigkeiten – Ungerechtigkeiten, die vor allem den Mittelstand treffen. Denn diejenigen, die keine Steuern bezahlen, werden nicht bestraft. Und diejenigen, die viel Steuern bezahlen, werden von der Individualbesteuerung viel profitieren. Cédric Wermuth hat von einer sozialen Schieflage in der Vorlage gesprochen. Weniger verklausuliert heisst das nichts anderes als: Von der Individualbesteuerung profitieren die Reichen und nicht die Schwachen. Und noch weniger verklausuliert bedeutet das: Ungerechtigkeiten werden nicht abgeschafft.

Für die Mitte ist klar, wir wollen vor allem Ungerechtigkeiten abschaffen. Es sind Ungerechtigkeiten, die in diesem Gesetz ganz bewusst geschaffen worden sind. Und egal, welche Variante Sie nun wählen, ob die Initiative oder den Gegenvorschlag, es ist beides gegen den Willen der Kantone. Wir haben es heute gehört: 1,7 Millionen Steuererklärungen, etwa 1000 Stellen, 150 Millionen Franken an Kosten. Auch mit einem Digitalisierungsschub werden diese Zahlen nicht massiv zu reduzieren sein.

Und die Mehrheit setzt noch einen drauf: Die Mehrheit will noch stärker gegen die Kantone vorgehen, und zwar bei der Übergangsfrist. Statt zu akzeptieren, dass der Bundesrat das Inkrafttreten bestimmen kann und dass



die Kantone sagen: "Wir brauchen mindestens zehn Jahre, um das zu implementieren", sagt die Mehrheit, nein, das Gesetz müsse am 1. Januar des sechsten Jahres nach Ablauf der Referendumsfrist oder nach der Abstimmung in Kraft treten. Damit setzt man die Kantone, die an dieser Vorlage bereits jetzt schwer tragen, zusätzlich unter Druck. Ich frage Sie: Wollen Sie diese Initiative oder den Gegenvorschlag gar nicht ins Ziel bringen? Denn Sie schwächen die Kantone mit der Übergangsfrist zusätzlich. Die Kantone werden rebellieren, und sie werden zu Recht rebellieren.

Wir müssten eigentlich froh sein, wenn der Antrag der Mehrheit durchkommt – er schwächt die Vorlage. Aber das gehört sich eben nicht bei seriöser Politik. Darum sind wir klar der Meinung, dass der Bundesrat das Inkrafttreten beschliessen soll, so, wie es übrigens auch üblich ist. Aber eben, in dieser Vorlage, ich habe es gesagt, geht es nicht darum, was die Kantone wollen; es geht auch nicht darum, Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Es geht einfach darum, eine ideologische Position auszudrücken. Ich zweifle daran, dass das am Ende erfolgreich sein wird. Wie sagte Kollege Wermuth so schön? In dieser Vorlage ist eine soziale Schieflage – mal sehen, wie lange die Linke hier standhält.

Amoos Emmanuel (S, VS): Enfin! Enfin, ce Parlement s'engage à prendre des mesures concrètes pour plus d'égalité entre les femmes et les hommes et, enfin, ce Parlement s'engage à mettre un terme à la pénalisation fiscale des couples mariés. Discuté et demandé par le Parti socialiste depuis de très nombreuses années, le principe d'une imposition individuelle semble enfin mûr pour une mise en application prochaine. Le système fiscal actuel crée clairement de mauvaises incitations. Le cumul des revenus des personnes mariées entraîne aujourd'hui une taxation à un barème plus élevé, en raison de la progressivité de l'impôt, par rapport à des personnes en couple avec une situation financière pourtant identique. On parle de la pénalisation fiscale des couples mariés. Dans de nombreuses situations, il n'est que peu ou pas du tout intéressant pour le deuxième revenu – majoritairement des femmes, il faut le rappeler – d'entrer sur le marché du travail ou d'augmenter son taux d'occupation, car aujourd'hui, l'augmentation du deuxième revenu peut être en grande partie engloutie par l'augmentation de la charge fiscale.

Avec l'introduction de l'imposition individuelle, les seconds salaires bénéficieront d'une charge fiscale nettement moins lourde en cas de prise d'activité lucrative ou d'augmentation du temps de travail. Ces effets sur l'emploi devraient se traduire par une meilleure utilisation du potentiel de main-d'œuvre qualifiée indigène, car, à l'horizon 2030, selon les projections de l'Union patronale suisse, il manquera jusqu'à 300 000 personnes pour repourvoir des postes de travail en Suisse. Ces incitations sont donc une priorité sous l'angle de l'égalité, mais également sous l'angle de l'emploi. C'est notamment pour cela que nous vous invitons à rejeter les propositions de minorité IV (Pamini) et V (Aeschi Thomas), qui visent simplement à enterrer le principe de l'imposition individuelle. Leur objectif est de préférer à ce projet le système conservateur prévu par l'initiative du Centre pour un modèle de "splitting". Or, le système de "splitting" est un mauvais système. Il n'apporte aucun incitatif pour l'emploi et désavantage notamment les couples non mariés, tout en entraînant des pertes fiscales massivement plus élevées.

Je vous demande ainsi de suivre la majorité de la commission et de rejeter les propositions des minorités IV (Pamini) et V (Aeschi Thomas), donc de refuser le système de "splitting", qu'il soit partiel ou total, et de lui préférer l'imposition individuelle.

Cette réforme, je l'ai dit, permet de lutter efficacement contre la pénurie de personnel et de mener une politique efficace en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes. Cependant, nous pourrions faire un pas de plus! C'est pourquoi le groupe socialiste propose aux autres groupes favorables à la réforme de faire ce pas de plus, pour lier la réforme à la mise en œuvre de la loi fédérale sur le soutien à l'accueil extrafamilial pour enfants et aux cantons dans leur politique d'encouragement de la petite enfance.

Nous vous demandons ainsi de suivre la minorité III (Wermuth), qui propose de coupler à l'imposition individuelle la mise en œuvre de cette loi qui concerne les subventions des crèches.

Ces deux mesures cumulées amèneraient encore plus d'égalité et d'incitatifs pour l'augmentation du temps de travail et du second revenu, qui concerne, comme j'ai dit, très majoritairement des femmes. Je vous rappelle que le Conseil national a déjà soutenu le principe de la loi sur les subventions des crèches. En suivant la minorité III (Wermuth), nous donnant un signal très clair et montrant le chemin vers plus d'égalité salariale, vers plus d'indépendance financière et vers de meilleures rentes à terme pour les femmes.

Si la minorité III (Wermuth) ne devait pas être soutenue, nous soutiendrions la minorité II (Bertschy), qui vise à diminuer l'impact financier de la réforme en proposant l'adaptation des barèmes d'impôts des très hauts revenus.

Notre groupe reste par contre partagé sur la minorité I (Ryser).

En soutenant nos propositions, vous améliorez les incitatifs pour les seconds revenus, vous renforcez éga-



lement l'indépendance financière des deux époux et tout particulièrement l'indépendance financière de nombreuses femmes. La couverture de prévoyance vieillesse des femmes et leur sécurité en cas de divorce s'en trouveront également améliorées. Vous avez le choix: choisir un modèle du passé, c'est ce que vous propose le groupe du Centre et le groupe UDC, ou alors choisir un modèle progressiste capable d'affronter les défis que doit affronter notre société. C'est ce que nous, en tant que groupe socialiste, nous proposons.

Walti Beat (RL, ZH): Die Minderheiten IV und V verlangen ein Splitting-Modell als Alternative zur vorgeschlagenen Individualbesteuerung. Ich will nicht viel Zeit auf diese Minderheiten verwenden, weil sie das Ziel und den Auftrag aus der Motion, die wir angenommen haben, komplett verfehlen. Sie lösen einen Teil des Problems, aber sie schaffen ebenso viele neue. Ich würde mir nie anmassen, die vorgetragenen Argumente als lächerlich abzutun. Allerdings finde ich es bedauerlich, dass Sie nicht einfach offen und frei sagen, dass es Ihnen am Herzen liegt, das traditionelle Familienmodell durch

AB 2024 N 1881 / BO 2024 N 1881

unterschiedliche fiskalische Belastungen zu bevorzugen. Das ist nicht ehrenrührig, man darf dazu stehen. Wir halten das aus liberaler Sicht für den komplett falschen Weg.

Deshalb beschäftige ich mich gerne mit den Minderheiten I bis III. Diese treten mit dem Anspruch an, die errechneten Mindereinnahmen bei der Bundessteuer mit unterschiedlich gelegten Progressionskurven zu reduzieren, die alle im Vergleich zur bundesrätlichen Variante noch etwas steiler oder gestauchter sind. Das Einkommen, bei dem die maximale Bundessteuerbelastung erreicht wird, ist bei der Minderheit I bei 687 000 Franken angesetzt und bei der Minderheit II sogar schon knapp unter 600 000 Franken. Der Antrag der Minderheit III ist die originellste Variante, da sie noch die Frage der Kinderbetreuung mit der Steuerfrage verknüpft. Das halten wir für ein unbehilfliches Unterfangen und können alleine schon wegen des Beigeschmacks, hier werde versucht, einen Kuhhandel abzuschliessen, diese Variante nicht unterstützen. Den Minderheiten I und II darf man immerhin zugutehalten, dass sie noch sozusagen Review Points oder eine Sunset-Klausel mitliefern, was angesichts der dynamischen Entwicklung der Steuererträge sicher eine grundsätzlich gute Idee ist, die Anträge der Minderheiten aber insgesamt doch nicht besser macht. Weshalb nicht?

Der Anspruch dieser Minderheiten ist es – das wird so vorgetragen –, die Steuerlast fairer zu verteilen, also bei den hohen Einkommen mehr abzuschöpfen und damit eben die errechneten Ausfälle zu reduzieren. Das gelingt aber nicht, wenn Sie schauen, was das in der Realität bewirkt. Genau die Spitzeneinkommen, also die sehr hohen Einkommen, werden nämlich mit diesen Minderheitsanträgen nicht mehr belastet, weil diese ohnehin mit dem grössten Teil ihres Einkommens bereits in den Spitzensteuersätzen drin sind; sie werden also im Effekt kaum mehr belastet. Hingegen wird beim oberen Mittelstand deutlich stärker abgeschöpft: Dort, wo die Progressionskurve anfängt zu steigen, wird das in den Steuerrechnungen sehr spürbar sein. Damit neutralisieren sie die positiven Erwerbsanreize genau bei den Menschen – also vor allem bei jenen mit Zweiteinkommen –, bei denen diese Steuerreform eigentlich einen positiven Effekt auslösen sollte. Das ist weder aus gesellschaftspolitischer noch aus finanzpolitischer Sicht sehr clever.

Ich erinnere gerne auch nochmals daran, dass die Elastizität der Zweiteinkommen vor allem auf die steuerliche Belastung bezogen sehr hoch ist. Diese reagieren also sehr gut auf die unterschiedliche steuerliche Belastung respektive Entlastung. Und mit den Anträgen gemäss den Minderheiten I und II würde eben ein schöner Teil dieser Entlastungen wieder zunichtegemacht.

Die Gerechtigkeit ist auch gewahrt. Ich erinnere gerne an die Steuerstatistik: 1 Prozent der Steuerpflichtigen bei den natürlichen Personen liefert 40 Prozent der Bundessteuer ab, 5 Prozent liefern über 70 Prozent der Steuern ab. Das ist eine, glaube ich, sehr ausgeprägte soziale Komponente in unserem Steuersystem, die man eigentlich nicht verschärfen muss.

Der Bundesrat präsentiert eine ausgewogene Vorlage. Von der Erhöhung des Freibetrags wie auch vom erhöhten Kinderabzug profitieren die unteren Einkommen. Und wir dürfen damit rechnen, dass die dynamischen Effekte bald auch durch die bessere Ausschöpfung des Steuersubstrats zu einem höheren Steuerertrag führen. Insofern sind 1 Milliarde Franken an errechneten Mindereinnahmen angesichts von 11 Milliarden Steuererträgen für die Bundessteuer bei den natürlichen Personen durchaus angemessen.

Ich bitte Sie also deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge ausnahmslos abzulehnen.

Ritter Markus (M-E, SG): Lieber Kollege Walti, die FDP-Liberale Fraktion setzt sich seit Jahren vehement für eine Reduktion des bürokratischen Aufwandes zugunsten der Bevölkerung, der Wirtschaft, aber auch der verschiedenen Staatsebenen ein. Wir haben von der Bundesrätin gehört, dass es mit dieser Änderung 1,7



Millionen zusätzliche Steuererklärungen geben wird und dass es 1000 neue Vollzeitstellen brauchen wird – wiederkehrend, nicht einmalig, wiederkehrend. Das wird Kosten von 150 Millionen Franken für die Kantone und Gemeinden auslösen. Entspricht es den Vorstellungen der FDP-Liberalen Fraktion, dass wir solche Änderungen im Steuersystem vornehmen?

Walti Beat (RL, ZH): Herr Kollege Ritter, ich glaube wirklich nicht, dass sich dieser Mehraufwand in die Zukunft fortschreibt. Ich glaube durchaus, dass der Umstellungsaufwand am Anfang messbar ist, abgesehen davon, dass für die Umsetzung auch genügend Zeit bleibt. Wenn die Änderung aber einmal umgesetzt ist, dann werden wir bei einfachen Einkommensverhältnissen – Stichwort: ein Lohnausweis und ein paar überschaubare Vermögenswerte – dank eines hohen Automatisierungsgrads keinen riesigen Aufwand haben. Das sagen uns auch die Steuerämter, mit denen wir gesprochen haben. Der grosse Nutzen der Individualbesteuerung ist vor allem auch, dass Sie bei der Veränderung des Zivilstands den ganzen Umstellungsaufwand nicht mehr haben. Das betrifft den Fall, dass Sie heiraten wie auch dass Sie sich wieder scheiden lassen – was doch fast 50 Prozent der Ehegattinnen und Ehegatten machen –, oder es geht auch um den Fall, dass ein Ehegatte stirbt. Ich habe bereits in der Eintretensdebatte gesagt, dass kein einziger zusätzlicher Steuerfaktor oder Datenpunkt neu abgegriffen werden müsste. Alles, was Sie neu in zwei Steuererklärungen an Daten aufführen müssen, ist heute bereits in der einen gemeinsamen Steuererklärung enthalten. Deshalb ist der Aufwand durchaus überschaubar.

Pamini Paolo (V, TI): "Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus." Ich glaube, diesen Satz kennen die meisten von Ihnen. Er wurde 1848 publiziert von Herrn Marx. Herr Marx hat in seinem "Kommunistischen Manifest", etwa in der Mitte des Buches, einen Dekalog mit Massnahmen aufgeführt. Die zweite Massnahme lautet, es sei eine starke Progressivsteuer einzuführen. Er führte weitere Massnahmen auf, so die Einführung einer Zentralbank, die Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen – vielleicht kommt das auch noch, früher oder später – und viele andere tolle Ideen.

Wir müssen uns ganz im Klaren sein darüber, was die Ur-Ursache der ganzen heutigen Problematik ist: Das ist die Steuerprogression; mein Vorredner, Herr Kollege Walti, hat das ganz klar gesagt. Die Steuerprogression ist das Problem. Wir haben zwei Kantone, die eine Flat Rate Tax haben, und diese haben das Problem der Heiratsstrafe eigentlich gelöst.

Jetzt, warum dieses Incipit, dieser Anfang? Weil wir, wie auch mein Vorredner gesagt hat, mit den Anträgen der Minderheiten I bis III die Steuerprogression sogar noch beschleunigen würden, das heisst, wir würden das Problem noch verschärfen. Natürlich, mit der Individualbesteuerung würden wir das Problem in gewissen Ehepaar-Konstellationen entschärfen, aber im Allgemeinen würden wir das Problem zusätzlich verschlimmern. Die SVP-Fraktion ist natürlich gegen die Minderheitsanträge I, II und III. Wir werden die Minderheiten IV und V zum Splitting-Verfahren unterstützen. Bei der Bestimmung zum Inkrafttreten werden wir die Minderheit Bregy unterstützen.

In der Anhörung in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben wurde uns von der Finanzdirektorenkonferenz und auch von den Vertretern des Schweizerischen Gemeindeverbandes sehr, sehr deutlich gesagt, dass sie ganz klar gegen die Individualbesteuerung sind. Es stimmt überhaupt nicht, was die Berichterstatter gesagt haben, wonach die Gemeinden dafür seien. Nein, in der Kommission waren die Städte dafür, aber nicht die Gemeinden; die Gemeindevertreter waren dagegen. Die Vertreter des Schweizerischen Gemeindeverbandes waren dagegen, genauso wie die Vertreter der Kantone. Die Vertreter der Städte waren dafür.

Was ich auch wichtig finde: Wir müssen uns bewusst sein, dass wir 26 Steuersysteme umgestalten möchten, und falls beide Räte oder dann vielleicht das Volk diese Vorlage annehmen, müssen wir den Kantonen zumindest genug Zeit geben, um diese massive Umgestaltung vorzunehmen. Wenn die technologischen Effekte wirklich eine Rolle spielen sollen, dann brauchen wir auch Zeit, damit diese ihr Potenzial entfalten können. Und die Frist von sechs Jahren für das

AB 2024 N 1882 / BO 2024 N 1882

Inkrafttreten finden wir gegenüber den 26 Kantonen wirklich übertrieben kurz.

Wir lehnen die Individualbesteuerung, ich sage es noch einmal, im Allgemeinen aus Gerechtigkeitsgründen ab und nicht nur wegen der lächerlichen Beschäftigungseffekte. Ich betone es nochmals, "lächerlich" ist hier ganz bewusst gewählt. In der Botschaft sind die Zahlen zu finden. Man muss diese einfach hochrechnen und selbst beurteilen, und das machen wir. Zu den Gerechtigkeitsgründen möchte ich sagen: Es gibt die grosse Frage, was genau "wirtschaftliche Leistungsfähigkeit" bedeutet und wie sie ausgelegt wird. In der Botschaft steht es am Ende klipp und klar: Das Bundesgericht hat gesagt, dass die Individualbesteuerung bei Einverdiener-Ehepaaren problematisch ist. Das steht in der Botschaft, und der Bundesrat sagt: Ja, wir haben einfach



eine andere Auslegungsmethode, und unseres Erachtens ist die Individualbesteuerung mit der Verfassung konsistent, und darum kann man diese Änderung eben mit einer Gesetzesvorlage vornehmen.

Nochmals: Die Gerechtigkeitsargumente betreffen genau die 26 Stände, welche die Vorlage umsetzen müssten.

Ich bitte Sie, die Minderheitsanträge I bis III abzulehnen, die Minderheitsanträge IV oder V anzunehmen und den Minderheitsantrag Bregy auch anzunehmen.

Ritter Markus (M-E, SG): Lieber Kollege Pamini, Sie haben es richtig gesagt: In der Kommission haben sich die Kantone und die Gemeindevertreter massiv gegen diese Änderung gewehrt. Befürwortet haben sie die Städtevertreter. Können Sie hier nochmals ausführen, mit welchen personellen und finanziellen Konsequenzen für die Kantone und Gemeinden zu rechnen ist, wenn diese 1,7 Millionen Steuererklärungen zusätzlich bearbeitet werden müssen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Pamini Paolo (V, TI): Danke, Herr Kollege Ritter. Leider muss ich mich auf meine Berechnungen stützen, weil der Bundesrat uns keine Zahlen gegeben hat, weder in der Botschaft noch während den Kommissionsberatungen. Letzte Woche hat er aber hochgerechnet – Handgelenk mal Pi –, dass wir jährlich wiederkehrende Ausgaben zwischen 150 und 240 Millionen Franken haben werden aufgrund der Anstellung von 1000 bis 1600 zusätzlichen Steuerkommissären. Ich glaube, dass das vermutlich die Beschäftigungseffekte sind, die viele im Kopf haben.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Sehr geehrter Herr Kollege Pamini, können Sie bestätigen, dass es nicht nur 1,7 Millionen mehr Steuererklärungen sind, sondern dass diese 1,7 Millionen Steuererklärungen bei der Kontrolle jeweils der Steuererklärung des Ehepartners gegenübergestellt werden müssen?

Pamini Paolo (V, TI): Ganz genau, ich danke Ihnen für diese Frage. Das schafft weitere technische und administrative Probleme, weil diese Steuererklärungen irgendwie gematcht werden müssen, egal ob der technische Fortschritt dabei helfen wird. Die beiden Ehegatten bleiben Ehegatten, die beiden Steuererklärungen und Veranlagungen müssen aufeinander abgestimmt und konsistent sein.

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG): Herr Kollege Pamini, ist Ihnen bewusst, dass die Vorlage aufgrund der Vernehmlassung überarbeitet wurde und dass genau das, was Sie jetzt als Problem bezeichnen, ausgemerzt wurde und diese Abgleichung eben nicht mehr vorgenommen werden muss?

Pamini Paolo (V, TI): Ich danke Ihnen. Meine Antworten basieren auf der Botschaft, die im Anschluss an die Vernehmlassung veröffentlicht wurde.

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG): Aber Sie sind sich bewusst, dass die Vorlage nicht mehr dieselbe ist wie vor der Vernehmlassung? (*Zwischenruf Pamini: Bitte nur eine Frage.*)

Seiler Graf Priska (S, ZH): Ich bin Mitglied des Vorstands des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Der Gemeindeverband empfiehlt ein Ja zum Gegenvorschlag. Woher haben Sie Informationen, dass dem nicht so ist?

Pamini Paolo (V, TI): Ich vermute, da war ich nicht genug aufmerksam in der Kommissionsarbeit. (*Teilweise Heiterkeit*)

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Puisque le mantra des éventuels postes supplémentaires est revenu, savez-vous combien coûte chaque divorce sur le plan bureaucratique ou administratif? Combien de postes à temps plein cela représente-t-il de devoir se remettre à une imposition individuelle quand les conjoints sont divorcés?

Pamini Paolo (V, TI): C'est exactement l'argument selon lequel il ne faudrait pas introduire la taxation individuelle, parce que l'on force pratiquement des divorces (*Hilarité partielle*) – c'est-à-dire, non, des séparations fiscales naturellement. Ce dont vous parlez serait exactement le problème, avec ce projet-là.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): J'espère que tous ceux qui sont mariés le resteront après ce débat. Le groupe des Verts va soutenir la minorité I (Ryser) qui cherche à rendre la réforme la plus neutre possible sur le plan des recettes fédérales et cantonales, ce qui en faciliterait l'acceptation pour une frange du Parlement et, le cas échéant, pour une frange de la population, c'est-à-dire celle qui est soucieuse que la Confédération puisse remplir sa fonction et les tâches d'intérêt public qui lui sont confiées et qui lui incombent. Cette proposi-



tion de minorité reprend donc la position de la Commission des finances de notre conseil, communiquée à la Commission de l'économie et des redevances lors de ses débats. Cette proposition de minorité stipule aussi qu'après dix ans, les barèmes pourront être revus à la baisse pour alléger les impôts si les finances fédérales le permettent.

La proposition de la minorité III (Wermuth) est un peu à part dans le débat, c'est vrai, mais elle met le doigt sur un élément important, la garde des enfants, qui est un facteur dans l'encouragement du développement de la carrière des deux parents avec davantage d'indépendance financière entre les conjoints. C'est un fait avéré. L'accueil extrafamilial des enfants est donc une clé dans ce choix. C'est le modèle suivi par les pays qui nous entourent jusqu'en Scandinavie, qui bénéficie d'ailleurs aussi de l'imposition individuelle depuis des décennies.

Le groupe des Verts s'oppose aux propositions de minorités voulant le splitting, car celui-ci décourage la personne apportant le deuxième revenu à augmenter librement son taux de travail rémunéré si elle le souhaite. Le modèle du splitting ne remet pas en cause la dominance fiscale du modèle traditionnel de répartition des tâches dans le couple et ne répond pas à l'initiative populaire "pour une imposition individuelle indépendante de l'état civil"; d'ailleurs, le mandat donné au Conseil fédéral par le Parlement il y a quelques années non plus. En outre, il coûte cher à la Confédération.

La proposition de la minorité II (Bertschy) est, en revanche, celle qui devrait rassembler tout le monde: elle ne devrait pas apparaître comme une proposition de minorité, puisque c'est une proposition de compromis. A ce stade, le groupe des Verts soutiendra clairement ce compromis, car nous sommes acquis à cette réforme. Avec cette proposition, la perte estimée par rapport à la version du Conseil fédéral est réduite de moitié environ. L'augmentation de la masse salariale imposable permettra ensuite d'augmenter les recettes fédérales.

Vous savez très bien que si vous exagérez au niveau des allègements fiscaux, vous enterrez cette réforme, ce qui sera de votre responsabilité. Vous savez également que si les pertes fiscales ne sont pas un but en soi, elles ne sont pas non plus une fatalité. Le débat concernant les paquets budgétaires et fiscaux du Conseil fédéral est à venir. Les enjeux politiques se mélangent. Le groupe du Centre ne veut pas de ce projet, notamment parce qu'il ne veut pas courir le risque que sa propre initiative perde tout intérêt par la

AB 2024 N 1883 / BO 2024 N 1883

suite. Cela est en défaveur d'une réforme que le Parlement demande depuis des années. On ne peut pas se targuer de soutenir le libre choix des gens de se marier ou pas puis favoriser financièrement un seul des modèles, en refusant que des époux soient imposés comme individus distincts.

Permettez-moi maintenant une dernière remarque plus personnelle: le seul choix économiquement intéressant pour la femme ou le couple semble être aujourd'hui le concubinage, si les deux gagnent leur vie de la même manière. Le romantisme coûte décidément cher. En écoutant les interventions des représentants des groupes – et j'utilise expressément le terme au masculin –, je suis encore plus convaincue qu'auparavant que cette réforme doit être faite. Les couples de ma génération, mariés depuis des années, l'attendent avec impatience, car ils ont injustement pâti de cette situation assez longtemps. Les règles économiques et fiscales sont des reflets de la société que nous voulons. Nous ne parlons pas ici d'une poignée de gens, mais de dizaines de milliers de personnes dans notre pays, et en tout cas dans mon canton. Les femmes sont encore aujourd'hui, majoritairement, la variable d'ajustement du meilleur équilibre dans le couple. Vous me verrez peu porter des slogans féministes sur les réseaux sociaux ou dans la rue, mais le plaidoyer que je fais dans ce dossier est résolument féministe, féministe et économique.

Bläsi Thomas (V, GE): Merci, chère collègue, pour cet exposé. Finalement, nous sommes tous d'accord pour dire que la taxation des couples mariés est injuste. Ce qui pose problème, c'est que la Confédération souhaite à tout prix conserver le montant produit par cet impôt injuste. N'y a-t-il pas un paradoxe à vouloir un système qui maintiendrait un tel revenu, quitte à créer une nouvelle injustice? N'est-ce pas à la Confédération d'être un peu plus légère, un peu plus svelte, un peu plus efficiente et de cesser de vouloir prélever des impôts à tout prix, parce qu'on baisse le pouvoir d'achat des gens?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Cher collègue, je laisserai la conseillère fédérale dire comment la Confédération peut être un peu plus légère. Dans ce débat, vu où on en est, je propose que vous m'accompagniez dans ma déclaration d'impôts et que je vous apprenne à faire mijoter la sauce bolognaise.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Sehr geehrte Kollegin Michaud Gigon, Sie haben erwähnt, dass Konkubinatspaare eine ähnliche Situation haben. Konkubinatspaare haben aber keine gegenseitige Unterstützungspflicht und keine rechtlichen Pflichten. Können Sie das bestätigen?



Michaud Gigon Sophie (G, VD): J'espère que lorsqu'ils ont des enfants ensemble, par exemple, les concubins se sentent également mutuellement responsables de la famille qu'ils ont créée; cela dans tous les cas.

Grossen Jürg (GL, BE): Ich bitte Sie im Namen der Grünliberalen Fraktion, die Individualbesteuerung einzuführen. Ich lade Sie ein, mit Ausnahme der Minderheit II (Bertschy) immer der Mehrheit zu folgen und entsprechend die Anträge der Minderheiten III (Wermuth), IV (Pamini) und V (Aeschi Thomas) abzulehnen. Weshalb tue ich das? Die Minderheit III (Wermuth) schlägt ein Kombipaket von Individualbesteuerung und Kita-Gesetz vor, und zwar mit einem maximalen kurzfristigen Kostendeckel von 1 Milliarde Franken. Wir Grünliberalen lehnen diesen Kostendeckel ab und erachten beide Instrumente, also sowohl das Kita-Gesetz wie auch die individuelle Besteuerung, für den Werkplatz Schweiz und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels als zentral. Wir sind bereit, mehr zu investieren, um in Zukunft dauerhaft auch mehr Wirkung zu erzielen. Es braucht beide Instrumente in einem substanziellen Ausmass, um die Anreize für berufstätige Eltern so zu setzen, dass sich arbeiten grundsätzlich lohnt, und dies zu einem möglichst hohen Pensum. Damit treten wir den Herausforderungen der demografischen Entwicklung und auch dem Fachkräftemangel am wirksamsten entgegen.

Die Minderheiten IV (Pamini) und V (Aeschi Thomas) schlagen ein Splitting-Modell vor, um auf diese Weise die Heiratsstrafe abzuschaffen. Das widerspricht dem Anliegen der Initiative diametral und würde uns vom Regen in die Traufe bringen, denn volkswirtschaftlich lohnen sich vorübergehende Mindereinnahmen nur dann, wenn wir die schlechten Erwerbsanreize, die die Zweitverdienenden heute haben, auch wirklich korrigieren. Das erachten wir nur mittels einer individuellen Veranlagung als möglich, wodurch das Zweiteinkommen nicht mehr einer umso höheren Progression unterliegt.

Ein Splitting-Modell verstärkt hingegen die negativen Erwerbsanreize noch zusätzlich, denn es ist tendenziell auf ein Einverdienermodell ausgerichtet, ein Modell, das notabene immer weniger Familien betrifft. Nur verhältnismässig wenige Familien können es sich heute noch leisten, mit nur einem Einkommen die gesamten Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Ein Modell, das einzig dafür da wäre, dass Verheiratete steuerlich besser fahren, das aber gleichzeitig zu einer umso grösseren Konkubinatsstrafe führen würde, wollen wir nicht.

Die negativen Erwerbsanreize der Zweitverdienerinnen und -verdiener würden mit einem Splitting-Modell noch negativer als mit dem Status quo. Deshalb bezeichnet etwa auch Avenir Suisse das Splitting als goldenen Käfig, aus dem man nicht mehr herauskommt. Steuerlich würden sich maximal unterschiedliche Einkommen am meisten lohnen, also Einkommen von Ehepaaren, bei welchen ein Teil 100 Prozent arbeitet und der andere 0 Prozent. Damit hätte man die grössten Steuervorteile. Dies hemmt eben die Erwerbstätigkeitsanreize für Zweitverdienende.

Die Initiative und der Umsetzungsvorschlag streben ein zivilstandsneutrales Steuersystem, bessere Erwerbsanreize und die Gleichstellung von Mann und Frau an. Keines dieser Ziele wird mit einem Splitting-Modell erreicht. Es ist nicht korrekt, in einem Gegenvorschlag zur Initiative das Gegenteil von dem zu fordern, worum es eigentlich geht. Wenn Sie die Ziele der Initiative nicht teilen, dann lehnen Sie sie ab, aber verkehren Sie nicht den Kern des Anliegens um 180 Grad.

In Artikel 36, beim Steuertarif, unterstützen wir die Minderheit II (Bertschy). Sie sieht befristet auf zehn Jahre einen alternativen Steuertarif vor, mit welchem die geschätzten Mindereinnahmen auf 500 Millionen Franken pro Jahr beschränkt werden können. Langfristig, und das ist zentral, werden die positiven Effekte so stark sein, dass der vorgeschlagene Tarif greifen kann. Wir unterstützen diese Minderheit auch angesichts der angespannten Bundesfinanzsituation als Übergangslösung. Die Vorlage ist für uns von zu grosser Wichtigkeit, als dass man sie am kurzfristig wirksamen Preisschild scheitern lassen dürfte. Es geht hier um den Wechsel auf die Individualbesteuerung, welche die volkswirtschaftlich erwünschte Wirkung mittel- und langfristig erzielt und damit echt zukunftstauglich ist.

Die Grünliberalen unterstützen also überall die Mehrheit und einzig bei Artikel 36 die Minderheit II (Bertschy). Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Müller Leo (M-E, LU): Für die Mitte-Fraktion ist dieser indirekte Gegenvorschlag keine Lösung. Deshalb wollten wir auch gar nicht darauf eintreten. Wir kreieren hier, unabhängig von den Minderheiten, ein System, das zwar ein Problem lösen würde, das aber eine neue Steuerstrafe einführen würde. Sie haben es schon mehrfach gehört: Auch mit dem indirekten Gegenvorschlag würden die Einverdiener-Ehepaare bestraft. Und Sie haben nachlesen können, dass mit dieser neuen Gesetzgebung rund 600 000 Ehepaare bestraft würden. Die Minderheiten I bis III ändern daran wie gesagt nichts. Es ist auch eine ineffiziente und falsche Legiferierung, wenn wir hier etwas installieren wollen und dabei gleichzeitig einen neuen Fehler einbauen. 1 Milliarde Franken an Steuerausfällen, eine gigantische Administrativlast auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden: Das wollen



wir beileibe nicht.

Und dann wird mit dem Antrag der Minderheit III, die ich separat erwähne, noch versucht, diese schlechte Vorlage besser zu machen, indem sie mit einem anderen Gesetzentwurf, nämlich der Kita-Vorlage, verknüpft werden soll. Man sucht Argumente, um diese Steuervorlage in diesem Punkt besser

AB 2024 N 1884 / BO 2024 N 1884

zu machen und ihr dadurch zu einer Mehrheit zu verhelfen. Sie können doch nicht diese beiden Vorlagen verknüpfen und dann versuchen, die Steuerausfälle unter diesem Dach insgesamt zu begrenzen. Deshalb werden wir die Minderheitsanträge I bis III ablehnen.

Dagegen werden wir – das kommt unserer "Problemlösungs-Initiative", die wir eingereicht haben, am nächsten – die Minderheit IV (Pamini) bzw. das Vollsplitting unterstützen. Damit hätten wir eine effektive Lösung für das Problem. Ebenfalls werden wir dem Antrag der Minderheit Bregy zustimmen, wo es um das Inkrafttreten geht. Ich bitte Sie, auch die Minderheit Bregy zu unterstützen.

Ich erlaube mir, im Hinblick auf die Gesamtabstimmung noch Folgendes zu erwähnen: Wir wollen hier eine Vorlage beschliessen, die ein Problem lösen soll, das auf Bundesebene besteht. Aber wir zimmern eine Vorlage, bei der nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Kantons- und teilweise auf Gemeindeebene, vor allem aber auf Kantonsebene alle Steuergesetze angepasst werden müssten. Dort haben wir ja aber gar kein Problem, dort ist das Problem gelöst. Mit dieser Vorlage wollen wir die Kantone nun also trotzdem zwingen, diese Änderung der Steuergesetze durchzuführen. Alle, die in der Kommission sind und die Unterlagen gelesen haben, wissen, dass 80 Prozent aller Kantone gegen diese Gesetzesvorlage sind. Wir wollen doch in diesem Parlament keine Vorlage verabschieden, bei welcher wir vier Fünftel der Kantone gegen uns haben. Das ist keine Lösung.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, der Minderheit IV (Pamini) und der Minderheit Bregy zu folgen sowie die Vorlage in der Gesamtabstimmung abzulehnen, wenn der Antrag der Minderheit IV nicht durchkommt.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Gerne gebe ich Ihnen die Meinung des Bundesrates zu den verschiedenen Anträgen bekannt.

Zum Antrag der Minderheit I (Ryser): Hier muss man einfach sagen, dass bei einer aufkommensneutralen Reform für gewisse Personengruppen dann teilweise erhebliche Mehrbelastungen resultieren würden, namentlich für Personen in Einverdienerehen, aber auch für Unverheiratete. Die Vorlage des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit sieht hingegen einen Tarif vor, der solche Mehrbelastungen abfedern soll. Dank der vom Bundesrat vorgeschlagenen Tarifierung verteilt sich die Entlastung über die meisten Einkommensklassen und Haushaltskonstellationen. Dadurch ist der Anteil der Personen, die entlastet werden, deutlich grösser als der Anteil jener, die eine Mehrbelastung erfahren. Eine aufkommensneutrale Reform hätte es vermutlich auch schwieriger, eine Mehrheit zu finden. Ich beantrage Ihnen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Zum Antrag der Minderheit II (Bertschy): Die Bedingung für die Tarifierung tritt mit hoher Wahrscheinlichkeit ein. Gemäss aktuellen Schätzungen betragen die Mindereinnahmen beim Tarif von Bundesrat und Kommissionsmehrheit – das wurde mehrfach gesagt – 1 Milliarde Franken. Es ist zwar theoretisch möglich, aber sehr unwahrscheinlich, dass diese geschätzten Mindereinnahmen bis zwei Jahre vor Inkrafttreten auf unter 500 Millionen Franken sinken. Daher wäre bei einer Umsetzung dieses Antrages davon auszugehen, dass die Individualbesteuerung mit dem von der Minderheit Bertschy beantragten Tarif eingeführt würde. Dieser Tarif sieht, ausgehend vom Entwurf des Bundesrates, eine zusätzliche Verschärfung der Progression vor. Er reduziert die Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer auf geschätzte 500 Millionen Franken, indem er im Vergleich zur Vorlage des Bundesrates wie auch im Vergleich zu heute bei den einkommensstärksten Personen eine zum Teil deutlich höhere Steuerbelastung vorsieht. Zehn Jahre nach Einführung käme es dann zu einer Tarifierung, die neben finanziellen Auswirkungen auch eine erhebliche Verteilungswirkung zur Folge hätte. Und gemäss Antrag würde diese Anpassung dann automatisch erfolgen, ohne dass das Parlament oder das Volk sich nochmals dazu äussern könnten. Ich beantrage Ihnen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Zum Antrag der Minderheit III (Wermuth): Hier möchte ich einfach darauf aufmerksam machen, dass bei einer Verknüpfung mit der Kita-Finanzierung gemäss Beschluss des Nationalrates nur ein sehr geringer finanzieller Spielraum für die Individualbesteuerung verbleiben würde. Es würde sich dann kaum mehr lohnen, hier einen Systemwechsel durchzuführen.

Dann zum Antrag der Minderheit IV (Pamini): Das ist ein klassisches Vollsplitting, das hier verlangt wird. Der Antrag widerspricht früheren Beschlüssen des Parlamentes, das den Bundesrat ja damit beauftragt hat, Ihnen eine Botschaft zur Individualbesteuerung vorzulegen. Das haben wir mit dieser Vorlage getan. Das Parlament ist natürlich jederzeit frei, seine Meinung zu ändern oder diese anzupassen, aber eine Vorlage gemäss diesem



Minderheitsantrag wäre dann nicht mehr als Gegenvorschlag zur Volksinitiative zu werten.

Schliesslich gibt es noch den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas), der ein Teilsplitting vorsieht. Auch bei diesem Minderheitsantrag geht es wie beim Antrag der Minderheit IV um eine Form der gemeinsamen Besteuerung. Die Ausgestaltung des Tarifs entspricht einem Splitting-Modell mit Splitting-Faktor 1,75. Ich kann mich hier kurzhalten, weil die Auswirkungen dieses Modells in der Tendenz die gleichen wie jene des Vollsplittings sind. Beide Modelle hat der Bundesrat auch in der Botschaft dargelegt. Ich wiederhole, was ich bereits zum Minderheitsantrag IV gesagt habe: Der Bundesrat hatte einen konkreten Auftrag zur Ausarbeitung einer Botschaft zur Individualbesteuerung, und auch eine Vorlage gemäss diesem Minderheitsantrag V könnte dann nicht mehr als Gegenvorschlag dienen.

Dann noch zur Frage des Inkrafttretens: Es wurde mehrfach gesagt, dass die Kantone darauf hingewiesen haben, sie bräuchten eine ausreichend lange Übergangsfrist; die Rede war von zehn Jahren. Es scheint mir, dass diese Frage jetzt nicht beantwortet werden soll. Ich denke, man muss diese Vorlage zuerst einmal zu Ende beraten, und dann kann man mit den Kantonen noch einmal das Gespräch führen.

Ich bitte Sie hier also, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Es liegt auch in der Kompetenz des Bundesrates, über das Inkrafttreten zu bestimmen.

Bertschy Kathrin (GL, BE), für die Kommission: Es liegen Anträge der Minderheiten IV (Pamini) und V (Aeschi Thomas) vor, welche ein Vollsplitting respektive ein Splitting mit Faktor 1,75 beantragen. Man addiert also die beiden Einkommen der Ehepaare und teilt sie durch den Faktor 2 oder, wie die Minderheit V beantragt, durch den Faktor 1,75. Ich möchte hier klarstellen, dass das dann nicht mehr im Bereich eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative wäre. Die Initiative verlangt die zivilstandsunabhängige Besteuerung, eine Individualbesteuerung. Darum wurde in den Anträgen der Minderheiten IV und V auch der Gesetzestitel geändert.

Ein Splitting-Modell, wie es die Minderheit V beantragt, würde Mindereinnahmen in der Höhe von 3,2 Milliarden Franken pro Jahr verursachen. In Kapitel 6.4.1.2 auf Seite 54 der Botschaft äussert sich der Bundesrat zum Vollsplitting, das heisst zum Minderheitsantrag IV, und auch zu den Auswirkungen auf die Erwerbsanreize. Nein, es ist nicht so, dass der nicht erwerbstätige Ehegatte ermutigt würde, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die steuerliche Benachteiligung gewisser Ehepaare würde beim Vollsplitting zwar beseitigt, aber es würde zu einem Heiratsbonus und zur Benachteiligung unverheirateter Paare führen; unter dem Aspekt der Zivilstandsneutralität würde das Ziel auch nicht erreicht. Das Vollsplitting ist nicht geeignet, die Erwerbsanreize für Zweiverdiener-Ehepaare zu verbessern. Es entlastet jene Ehepaare am stärksten, bei denen nur ein Einkommen erzielt wird; das ist die Quintessenz der Diskussion der Kommission. Es ist zudem ein Modell, das immer weniger Familien, immer weniger Paare betrifft, also nicht der gesellschaftlichen Realität der nächsten Jahrzehnte entspricht. Man verursacht Steuerausfälle, Kollege Pamini, aber dies ohne jegliche Erwerbsanreize. Die Kommission lehnte die beiden von der Minderheit V (Aeschi Thomas) und der Minderheit IV (Pamini) aufgenommenen Anträge ab.

Wir können diese Initiative also nicht mit einem Splitting umsetzen. Die Initiantinnen haben auch klar gesagt, dass es nicht in ihrem Sinne wäre, weil ein Splitting die

AB 2024 N 1885 / BO 2024 N 1885

Erwerbsanreize nicht verbessert. In der Gegenüberstellung der entsprechenden Anträge gab die Kommission dem Vollsplitting mit 15 zu 1 Stimmen bei 9 Enthaltungen gegenüber einem Splitting-Modell mit Faktor 1,75 den Vorzug. Sie lehnte jedoch anschliessend das Splitting-Modell generell mit 13 zu 10 Stimmen ab.

Die Konzeptanträge zur Beschränkung der Mindereinnahmen und zur Integration der Kita-Vorlage wurden bereits ausführlich begründet. Die Kommission lehnte mit 20 zu 5 Stimmen die Integration der Kita-Finanzierung in die Vorlage gemäss Entwurf des Nationalrates – das entspricht dem Minderheitsantrag III (Wermuth) – ab. Die Kommission lehnte auch das aufkommensneutrale Modell, den von der Minderheit I (Ryser) aufgenommenen Antrag, mit 20 zu 5 Stimmen ab, und sie lehnte ferner den von der Minderheit II (Bertschy) aufgenommenen Antrag, vertreten durch Katja Christ, ab, der die Mindereinnahmen auf die ersten zehn Jahre befristet mittels Erhöhung der Progression im neunten und zehnten Einkommensdezil auf 500 Millionen Franken beschränken will. Dieser Antrag wurde mit 16 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Einiges, was wir jetzt in der Detailberatung gehört haben, war schlicht faktenfrei, zum Beispiel, dass der Mittelstand mehr belastet würde. Das Gegenteil ist der Fall: Er wird entlastet, die grosse Mehrheit der Familien wird entlastet; die Tabellen liegen vor. Ebenso faktenfrei war die Aussage, dass zwischen den steuerpflichtigen Ehepaaren Interdependenzen bestehen blieben. Nein, das ist genau der Vorteil, das wurde nach der Vernehmlassung korrigiert: Die Ehegatten können einzeln, unabhängig voneinander, veranlagt werden. Das



ist das, was die Kantone eingebracht haben und was in der neuen Botschaft korrigiert wurde. Noch ein Wort zur Übergangsfrist: Die Kantone machten in der Vernehmlassung eine Ansage für eine Übergangsfrist von zehn Jahren. Die Kommissionsmehrheit erachtete diese Frist als zu hoch und wollte sich hier absichern. Sie diskutierte und nahm zur Kenntnis, dass andere Steuerreformen rascher umgesetzt werden konnten, die OECD-Mindestbesteuerung zum Beispiel innert zwei Jahren. Beim aufwendigen Wechsel von der zweijährigen Vergangenheitsbemessung zur einjährigen Gegenwartsbemessung waren es acht Jahre, und dies lange bevor Digitalisierung und Automatisierung in der Steuerverwaltung Einzug hielten. Die Kommission nahm darum einen Antrag mit 13 zu 12 Stimmen an, welcher ein Inkrafttreten der Initiative spätestens innerhalb von sechs Jahren nach der Volksabstimmung bzw. nach Ablauf der Referendumsfrist vorsieht. Namens der Kommission bitte ich Sie, überall die Mehrheit zu unterstützen und eine Umsetzungsvorlage für die Individualbesteuerung und nicht ein gegenteiliges Modell zu beschliessen. Wie gesagt entstehen die positiven Effekte durch den Wechsel, durch die deutlich tiefere Progression des Zweiteinkommens.

Bendahan Samuel (S, VD), pour la commission: Les propositions de minorité dont nous discutons sont basées sur deux questions principales. La première est la question des pertes fiscales. La seconde est la question du modèle de réforme d'imposition proposé. Il y a aussi une minorité qui propose de ne pas contraindre l'entrée en vigueur six ans après la votation. Il s'agit de proposition défendue par la minorité Bregy, qui a été rejetée par la commission de votre conseil, par 13 voix contre 12.

Concernant les modèles, au sein de la commission, le choix par 13 voix contre 12, s'est clairement porté sur le modèle de l'imposition individuelle plutôt que sur celui du splitting. D'abord, il y a eu un choix entre deux modèles proposés de splitting: le modèle du splitting intégral, qui consiste à simplement diviser par deux les revenus totaux, contre un modèle qui vise à faire un splitting à 1,75 pour cent, par une augmentation du barème, et, en même temps, un changement de la progressivité de l'impôt en baissant les impôts pour les plus hauts revenus et en augmentant les impôts pour les bas revenus. Ce modèle est celui qui coûte 3,2 milliards de francs. Il a été rejeté par la commission, par 15 voix contre 1 et 9 abstentions. Ensuite, le splitting en général a été rejeté au profit de l'imposition individuelle, par 13 voix contre 10.

La partie importante de l'explication est que le splitting ne supprime pas la différence qu'il peut y avoir entre des couples de concubins et des couples mariés. Il existe forcément une différence. Ainsi, pour un ménage qui a un seul revenu élevé et un revenu plus bas, l'imposition ne sera pas identique. La seule imposition strictement identique – bref, la plus libérale, celle où l'Etat n'a rien à dire par rapport à vos choix privés –, c'est l'imposition individuelle, selon la majorité de la commission.

Trois propositions de minorités concernent la question du montant de la perte fiscale. La proposition défendue par la minorité I (Ryser), qui a été rejetée, par 20 voix contre 5, propose un barème qui n'implique aucune perte fiscale. La minorité II (Bertschy) propose de modifier, elle aussi, le barème pour limiter les pertes fiscales à 500 millions de francs. Cette proposition a également été rejetée, par 16 voix contre 9, par la commission de votre conseil. La minorité III (Wermuth) propose de combiner la question de l'imposition individuelle avec celle de l'introduction d'un subside pour les crèches et garderies, tel que le modèle qui a déjà été discuté par des commissions de notre chambre. Ce modèle a lui aussi été rejeté, par 20 voix contre 5. Enfin, un dernier élément: la fameuse entrée en vigueur a été maintenue à six ans après la décision d'acceptation de la réforme. Au final, comme cela a été dit, au vote d'ensemble, la commission propose, par 13 voix contre 12, de recommander d'accepter l'initiative et d'adhérer au contre-projet. En ce qui concerne les propositions défendues par les minorités, elles ont évidemment été rejetées par la commission de votre conseil, qui vous invite, évidemment, à suivre sa position.

Ziff. 1 Art. 36

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Ryser, Amoos, Bendahan, Michaud Gigon, Wermuth)

Abs. 1

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

... Franken

bis 20 000 Franken Einkommen 0.00

und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.70

für 31 900 Franken Einkommen 83.30



und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.90 mehr;
für 41 800 Franken Einkommen 172.40
und für je weitere 100 Franken Einkommen 2.00 mehr;
für 55 700 Franken Einkommen 450.40
und für je weitere 100 Franken Einkommen 3.30 mehr;
für 73 200 Franken Einkommen 1027.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 7.00 mehr;
für 78 800 Franken Einkommen 1419.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 8.00 mehr;
für 104 500 Franken Einkommen 3475.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 9.50 mehr;
für 135 900 Franken Einkommen 6458.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.70 mehr;
für 177 700 Franken Einkommen 11 349.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.30 mehr;
für 682 500 Franken Einkommen 78 487.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.50 mehr;

Abs. 2, 2bis, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Bertschy, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Christ, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Abs. 1

Vorbehältlich Absätze 2 und 3 beträgt die Steuer für ein Steuerjahr:

... Franken

bis 20 000 Franken Einkommen 0.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.70
für 49 100 Franken Einkommen 203.70
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.90 mehr;
für 64 200 Franken Einkommen 339.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 5.00 mehr;

AB 2024 N 1886 / BO 2024 N 1886

für 85 600 Franken Einkommen 1409.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 10.00 mehr;
für 112 500 Franken Einkommen 4099.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 12.00 mehr;
für 121 200 Franken Einkommen 5143.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.00 mehr;
für 273 300 Franken Einkommen 24 916.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.50 mehr;
für 599 000 Franken Einkommen 68 885.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.50 mehr;

Abs. 1bis

Zwei Jahre vor Inkrafttreten der Änderungen vom ... führt die Eidgenössische Steuerverwaltung mit den zu diesem Zeitpunkt aktuellsten Daten zur direkten Bundessteuer eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen dieses Gesetzes bezogen auf das Steuerjahr 2024 durch.

Abs. 1ter

Werden die Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer auf weniger als 500 Millionen Franken geschätzt, gilt folgender Tarif anstelle des Tarifs gemäss Absatz 1:

... Franken

bis 20 000 Franken Einkommen 0.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.70
für 35 200 Franken Einkommen 106.40
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.90 mehr;
für 46 000 Franken Einkommen 203.60



und für je weitere 100 Franken Einkommen 2.00 mehr;
für 61 300 Franken Einkommen 509.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 3.30 mehr;
für 80 600 Franken Einkommen 1146.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 7.00 mehr;
für 86 900 Franken Einkommen 1587.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 8.00 mehr;
für 115 200 Franken Einkommen 3851.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 9.50 mehr;
für 149 700 Franken Einkommen 7129.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.70 mehr;
für 195 800 Franken Einkommen 12 522.70
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.30 mehr;
für 751 100 Franken Einkommen 86 376.50
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.50 mehr

Abs. 2, 2bis, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Abs. 1

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

... Franken

bis 20 000 Franken Einkommen 0.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.70
für 32 700 Franken Einkommen 88.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.90 mehr;
für 42 700 Franken Einkommen 178.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 2.00 mehr;
für 55 000 Franken Einkommen 464.90
und für je weitere 100 Franken Einkommen 3.30 mehr;
für 74 900 Franken Einkommen 1055.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 7.00 mehr;
für 80 700 Franken Einkommen 1461.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 8.00 mehr;
für 107 000 Franken Einkommen 3565.60
und für je weitere 100 Franken Einkommen 9.50 mehr;
für 139 100 Franken Einkommen 6615.10
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.70 mehr;
für 181 900 Franken Einkommen 11 622.70
und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.30 mehr;
für 698 400 Franken Einkommen 80 316.00
und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.50 mehr;

Abs. 2, 2bis, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Abs. 1

Gemäss geltendem Recht

Abs. 2

Für Verheiratete, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie für verwitwete, getrennt lebende und geschiedene Steuerpflichtige, die mit Kindern im gleichen Haushalt zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, ist der Steuersatz des halben steuerbaren Gesamteinkommens anzuwenden.

**Abs. 2bis**

Der nach Absatz 2 ermittelte Steuerbetrag ermässigt sich um 259 Franken für jedes Kind und jede unterstützungsbedürftige Person, mit der die steuerpflichtige Person im gleichen Haushalt zusammenlebt und deren Unterhalt sie zur Hauptsache bestreitet.

Abs. 3

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Abs. 1

Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

0 Prozent bis 15 000 Franken Einkommen,

1 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 35 000 Franken Einkommen,

2 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 55 000 Franken Einkommen,

3 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 75 000 Franken Einkommen,

4 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 95 000 Franken Einkommen,

5 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 115 000 Franken Einkommen,

6 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 135 000 Franken Einkommen,

7 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 155 000 Franken Einkommen,

8 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 175 000 Franken Einkommen,

9 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 195 000 Franken Einkommen,

10 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 1 000 000 Franken Einkommen,

11,5 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen.

Abs. 2

Für Ehepaare, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, beträgt die jährliche Steuer:

0 Prozent bis 26 250 Franken Einkommen,

1 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 61 250 Franken Einkommen,

2 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 96 250 Franken Einkommen,

3 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 131 250 Franken Einkommen,

4 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 166 250 Franken Einkommen,

5 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 201 250 Franken Einkommen,

6 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 236 250 Franken Einkommen,

7 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 271 250 Franken Einkommen,

8 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 306 250 Franken Einkommen,

9 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 341 250 Franken Einkommen,

10 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen bis 1 750 000 Franken Einkommen,

11,5 Prozent für je weitere 100 Franken Einkommen.

Abs. 2bis, 3

Gemäss geltendem Recht

AB 2024 N 1887 / BO 2024 N 1887

Ch. 1 art. 36**Proposition de la majorité**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Ryser, Amoos, Bendahan, Michaud Gigon, Wermuth)

Al. 1

jusqu'à 20 000 francs de revenu, à 0.00

et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.70

pour 31 900 francs de revenu, à 83.30

et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.90 de plus;

pour 41 800 francs de revenu, à 172.40

et, par 100 francs de revenu en plus, à 2.00 de plus;



pour 55 700 francs de revenu, à 450.40
et, par 100 francs de revenu en plus, à 3.30 de plus;
pour 73 200 francs de revenu, à 1027.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 7.00 de plus;
pour 78 800 francs de revenu, à 1419.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 8.00 de plus;
pour 104 500 francs de revenu, à 3475.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 9.50 de plus;
pour 135 900 francs de revenu, à 6458.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.70 de plus;
pour 177 700 francs de revenu, à 11 349.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.30 de plus;
pour 682 500 francs de revenu, à 78 487.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.50 de plus.

Al. 2, 2bis, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Bertschy, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Christ, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Al. 1

Sous réserve des alinéas 2 et 3, l'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

... Francs

jusqu'à 20 000 francs de revenu, à 0.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.70
pour 49 100 francs de revenu, à 203.70
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.90 de plus;
pour 64 200 francs de revenu, à 339.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 5.00 de plus;
pour 85 600 francs de revenu, à 1409.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 10.00 de plus;
pour 112 500 francs de revenu, à 4099.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 12.00 de plus;
pour 121 200 francs de revenu, à 5143.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.00 de plus;
pour 273 300 francs de revenu, à 24 916.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.50 de plus;
pour 599 000 francs de revenu, à 68 885.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.50 de plus

Al. 1bis

Deux ans avant l'entrée en vigueur de la modification du ..., l'Administration fédérale des contributions réalise une estimation des conséquences financières de la présente loi pour l'année 2024 à l'aide des données relatives à l'impôt fédéral direct les plus récentes à ce moment-là.

Al. 1ter

Si les diminutions de recettes de l'impôt fédéral direct sont estimées à moins de 500 millions de francs, le barème suivant remplace celui de l'alinéa 1:

... Francs

jusqu'à 20 000 francs de revenu, à 0.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.70
pour 35 200 francs de revenu, à 106.40
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.90 de plus;
pour 46 000 francs de revenu, à 203.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 2.00 de plus;
pour 61 300 francs de revenu, à 509.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 3.30 de plus;
pour 80 600 francs de revenu, à 1 146.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 7.00 de plus;



pour 86 900 francs de revenu, à 1587.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 8.00 de plus;
pour 115 200 francs de revenu, à 3851.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 9.50 de plus;
pour 149 700 Franken Einkommen 7129.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.70 de plus;
pour 195 800 francs de revenu, à 12 522.70
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.30 de plus;
pour 751 100 francs de revenu, à 86 376.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.50 de plus.

Al. 2, 2bis, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève:

... Francs

jusqu'à 20 000francs de revenu, à 0.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.70
pour 32 700 francs de revenu, à 88.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.90 de plus;
pour 42 700 francs de revenu, à 178.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 2.00 de plus;
pour 55 000 francs de revenu, à 464.90
et, par 100 francs de revenu en plus, à 3.30 de plus;
pour 74 900 francs de revenu, à 1055.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 7.00 de plus;
pour 80 700 francs de revenu, à 1461.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 8.00 de plus;
pour 107 000 francs de revenu, à 3565.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 9.50 de plus;
pour 139 100 francs de revenu, à 6615.10
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.70 de plus;
pour 181 900 francs de revenu, à 11 622.70
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.30 de plus;
pour 698 400francs de revenu, à 80 316.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.50 de plus

Al. 2, 2bis, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Al. 1

Selon droit en vigueur

Al. 2

Pour les époux vivant en ménage commun et les contribuables veufs, séparés ou divorcés qui vivent en ménage commun avec des enfants dont ils assument pour l'essentiel l'entretien, le taux d'imposition retenu est le taux applicable à la moitié du revenu global imposable.

Al. 2bis

Le montant de l'impôt calculé selon l'alinéa 2 est réduit de 259 francs par enfant et par personne nécessiteuse vivant en ménage commun avec le contribuable et dont il assume pour l'essentiel l'entretien.

Al. 3

Selon droit en vigueur

*Proposition de la minorité V*

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Al. 1

L'impôt dû pour une année fiscale s'élève à:

- 0 pour cent jusqu'à 15 000 francs de revenu,
- 1 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 35 000 francs de revenu,
- 2 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 55 000 francs de revenu,
- 3 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 75 000 francs de revenu,
- 4 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 95 000 francs de revenu,
- 5 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 115 000 francs de revenu,

AB 2024 N 1888 / BO 2024 N 1888

- 6 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 135 000 francs de revenu,
- 7 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 155 000 francs de revenu,
- 8 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 175 000 francs de revenu,
- 9 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 195 000 francs de revenu,
- 10 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 1 000 000 francs de revenu,
- 11,5 pour cent par 100 francs de revenu en plus.

Al. 2

Pour les époux vivant en ménage commun, l'impôt annuel s'élève à:

- 0 pour cent jusqu'à 26 250 francs de revenu,
- 1 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 61 250 francs de revenu,
- 2 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 96 250 francs de revenu,
- 3 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 131 250 francs de revenu,
- 4 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 166 250 francs de revenu,
- 5 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 201 250 francs de revenu,
- 6 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 236 250 francs de revenu,
- 7 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 271 250 francs de revenu,
- 8 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 306 250 francs de revenu,
- 9 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 341 250 francs de revenu,
- 10 pour cent par 100 francs de revenu en plus jusqu'à 1 750 000 francs de revenu,
- 11,5 pour cent par 100 francs de revenu en plus.

Al. 2bis, 3

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Bei den Anträgen der Minderheiten I bis V handelt es sich um Konzepte. Der Antrag der Mehrheit und die Anträge der Minderheiten I bis III stellen Modelle der Individualbesteuerung dar und werden in den ersten drei Abstimmungen gegeneinander ausgemehrt. Die Anträge der Minderheiten IV und V folgen dem Splitting-Modell und werden in der vierten Abstimmung ausgemehrt. In der fünften und letzten Abstimmung wird das obsiegende Konzept des Modells "Individualbesteuerung" dem obsiegenden Konzept des Modells "Splitting" gegenübergestellt.

Die Abstimmungen gelten auch für den Titel und Ziffer 1 Artikel 3 Absatz 5; Gliederungstitel nach Artikel 8; Artikel 8a; Artikel 9; Artikel 9a; Artikel 13 Titel sowie Absätze 1 und 2; Artikel 14 Absätze 2 und 4; Artikel 23 Buchstabe f; Artikel 33 Absatz 1 Buchstaben c, g, h und h_{bis}, Absatz 1_{bis} Buchstaben b und c, Absatz 3; Artikel 35 Absatz 1 Buchstaben a bis c; Artikel 36; Artikel 37b Absatz 1; Artikel 38 Absatz 2; Artikel 39 Absatz 1; Artikel 42; Artikel 85 Absätze 1 bis 3; Artikel 89 Absatz 3; Artikel 89a Absätze 2 und 3; Artikel 99a Absatz 1 Buchstabe a; 2. Kapitel Titel; Artikel 113; Artikel 114 Absatz 1; Artikel 117 Absätze 3 und 4; Artikel 180; Ziffer 2 Artikel 3 Absätze 3 und 4; Artikel 6 Absatz 2; Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe g; Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben c, g, h, h_{bis} und k; Artikel 11 Absatz 1; Artikel 18; Artikel 33 Absätze 1 bis 3; Artikel 33a Absatz 3; Artikel 33b Absätze 2 und 3; Artikel 35a Absatz 1 Buchstabe a; Artikel 36a Absatz 2; Artikel 40 und Artikel 57 Absatz 4.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29637)

Für den Antrag der Minderheit II ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29638)

Für den Antrag der Minderheit II ... 154 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III ... 39 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29639)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29640)

Für den Antrag der Minderheit IV ... 153 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit V ... 40 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29641)

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 95 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Titel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Bundesgesetz über die Förderung und Verbesserung der Gleichstellung, des inländischen Arbeitskräftepotentials und der familienergänzenden Kinderbetreuung

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Bundesgesetz über die Abschaffung der Heiratsstrafe

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Bundesgesetz über die Tarifierungsanpassung bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung

Titre

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Loi fédérale sur l'encouragement et l'amélioration de l'égalité, du potentiel de la force de travail indigène et de l'accueil extrafamilial des enfants

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Loi fédérale sur l'élimination de la pénalisation du mariage



Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Loi fédérale sur l'adaptation des barèmes de l'imposition du couple et de la famille

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über die Anträge der verschiedenen Minderheiten wurde soeben bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2024 N 1889 / BO 2024 N 1889

Ingress, Ziff. I Einleitung, Ziff. 1 Ersatz von Ausdrücken

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Préambule, ch. I introduction, ch. 1 remplacement d'expressions

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 3 Abs. 5

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 3 al. 5

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 1 2a. Kapitel Titel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Streichen

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Streichen

Ch. 1 chapitre 2a titre

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Biffer

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Biffer

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 8a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Streichen

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Streichen

Ch. 1 art. 8a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Biffer



Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Biffer

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 9

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 9

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2024 N 1890 / BO 2024 N 1890

Ziff. 1 Art. 9a

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Streichen



Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Streichen

Ch. 1 art. 9a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Biffer

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Biffer

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 13 Titel, Abs. 1, 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 13 titre, al. 1. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 1 Art. 14 Abs. 2, 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 14 al. 2, 4

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 23 Bst. f

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 23 let. f

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur



Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 33 Abs. 1 Bst. c, g, h, hbis, 1bis Bst. b, c, 2, 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Abs. 1 Bst. c, g, h, hbis, 1bis Bst. b, 2, 3

Gemäss geltendem Recht

AB 2024 N 1891 / BO 2024 N 1891

Abs. 1bis Bst. c

Streichen

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Abs. 1 Bst. c, g, h, hbis, 1bis Bst. b, 2, 3

Gemäss geltendem Recht

Abs. 1bis Bst. c

Streichen

Ch. 1 art. 33 al. 1 let. c, g, h, hbis, 1bis let. b, c, 2, 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Al. 1 let. c, g, h, hbis, 1bis let. b, 2, 3

Selon droit en vigueur

Al. 1bis let. c

Biffer

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Al. 1 let. c, g, h, hbis, 1bis let. b, 2, 3

Selon droit en vigueur

Al. 1bis let. c

Biffer

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 1 Art. 35 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Abs. 1 Bst. a, b

Gemäss geltendem Recht

Bst. c

Aufheben

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Abs. 1

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 35 al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Al. 1 let. a, b

Selon droit en vigueur

Let. c

Abroger

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Al. 1

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Gliederungstitel vor Art. 36

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre précédant l'art. 36

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 1 Art. 37b Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 37b al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 38 Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 38 al. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

AB 2024 N 1892 / BO 2024 N 1892

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur



Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 39 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 39 al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 42

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 42

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 85 Abs. 1–3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 85 al. 1–3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 89 Abs. 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht



Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 89 al. 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2024 N 1893 / BO 2024 N 1893

Ziff. 1 Art. 89a Abs. 2, 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 89a al. 2, 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der



Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 99a Abs. 1 Bst. a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 99a al. 1 let. a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Zweiter Titel 2. Kapitel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Titre 2, chapitre 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral



Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 113

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 113

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 114 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Abs. 1

Gemäss geltendem Recht



AB 2024 N 1894 / BO 2024 N 1894

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Abs. 1

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 114 al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Al. 1

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Al. 1

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 1 Art. 117 Abs. 3, 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 117 al. 3, 4

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur



Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 1 Art. 180

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Gemäss geltendem Recht

Ch. 1 art. 180

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)
Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)
Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 1 Art. 198a

Antrag der Minderheit I
(Ryser, Amoos, Bendahan, Michaud Gigon, Wermuth)

Titel

Evaluation Tarif

Abs. 1

Der Bundesrat überprüft zehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Änderungen vom ..., ob die Bundesfinanzen eine Senkung des Tarifs nach Artikel 36 Absatz 1 erlauben.

Abs. 2

Er erstattet der Bundesversammlung Bericht und macht gegebenenfalls Vorschläge für Anpassungen.

Ch. 1 art. 198a

Proposition de la minorité I

(Ryser, Amoos, Bendahan, Michaud Gigon, Wermuth)

Titre

Evaluation du barème



Al. 1

Dix ans après l'entrée en vigueur des modifications du ..., le Conseil fédéral examine si les finances fédérales permettent une baisse du barème fixé à l'article 36 alinéa 1.

Al. 2

Il établit un rapport destiné à l'Assemblée fédérale et présente les éventuels changements qui s'imposent.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit I (Ryser) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgelehnt.

Ziff. 1 Art. 205g

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Bertschy, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Christ, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Abs. 2

Der Tarif nach Artikel 36 Absatz 1 gilt für 10 Jahre ab Inkrafttreten der Änderung vom Danach gilt folgender Tarif:

... Franken

bis 20 000 Franken Einkommen 0.00

und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.70

für 35 200 Franken Einkommen 106.40

und für je weitere 100 Franken Einkommen 0.90 mehr;

für 46 000 Franken Einkommen 203.60

und für je weitere 100 Franken Einkommen 2.00 mehr;

für 61 300 Franken Einkommen 509.60

und für je weitere 100 Franken Einkommen 3.30 mehr;

für 80 600 Franken Einkommen 1146.50

AB 2024 N 1895 / BO 2024 N 1895

und für je weitere 100 Franken Einkommen 7.00 mehr;

für 86 900 Franken Einkommen 1587.50

und für je weitere 100 Franken Einkommen 8.00 mehr;

für 115 200 Franken Einkommen 3851.50

und für je weitere 100 Franken Einkommen 9.50 mehr;

für 149 700 Franken Einkommen 7129.00

und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.70 mehr;

für 195 800 Franken Einkommen 12 522.70

und für je weitere 100 Franken Einkommen 13.30 mehr;

für 751 100 Franken Einkommen 86 376.50

und für je weitere 100 Franken Einkommen 11.50 mehr;

Ch. 1 art. 205g

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Bertschy, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Christ, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth, Widmer Céline)

Al. 2

Le barème fixé à l'article 36 alinéa 1, est applicable pendant 10 ans à compter de l'entrée en vigueur de la modification du Ensuite, le barème suivant est applicable:

... Francs

jusqu'à 20 000 francs de revenu, à 0.00

et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.70

pour 35 200 francs de revenu, à 106.40

et, par 100 francs de revenu en plus, à 0.90 de plus;



pour 46 000 francs de revenu, à 203.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 2.00 de plus;
pour 61 300 francs de revenu, à 509.60
et, par 100 francs de revenu en plus, à 3.30 de plus;
pour 80 600 francs de revenu, à 1146.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 7.00 de plus;
pour 86 900 francs de revenu, à 1587.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 8.00 de plus;
pour 115 200 francs de revenu, à 3851.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 9.50 de plus;
pour 149 700 francs de revenu, à 7129.00
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.70 de plus;
pour 195 800 francs de revenu, à 12 522.70
et, par 100 francs de revenu en plus, à 13.30 de plus;
pour 751 100 francs de revenu, à 86 376.50
et, par 100 francs de revenu en plus, à 11.50 de plus;

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit II (Bertschy) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 3 Abs. 3, 3bis, 3ter, 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 3 al. 3, 3bis, 3ter, 4

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 2 Art. 6 Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 6 al. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 7 Abs. 4 Bst. g

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 7 al. 4 let. g

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur



Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

AB 2024 N 1896 / BO 2024 N 1896

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 9 Abs. 2 Bst. c, g, h, hbis, k

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 9 al. 2 let. c, g, h, hbis, k

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 11 Abs. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht



Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 11 al. 1

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 18

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 18

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Ziff. 2 Art. 33 Abs. 1–3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 33 al. 1–3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 33a Abs. 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2024 N 1897 / BO 2024 N 1897

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 33a al. 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur



Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 33b Abs. 2, 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 33b al. 2, 3

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 35a Abs. 1 Einleitung, Bst. a

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Abs. 1 Bst. a

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Abs. 1 Bst. a

Gemäss geltendem Recht



Ch. 2 art. 35a al. 1 introduction, let. a

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Al. 1 let. a

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Al. 1 let. a

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 36a Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 36a al. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 40

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

AB 2024 N 1898 / BO 2024 N 1898

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 40

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 2 Art. 57 Abs. 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Antrag der Minderheit V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Gemäss geltendem Recht

Ch. 2 art. 57 al. 4

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité IV

(Pamini, Aeschi Thomas, Bregy, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Ritter, Tuena)

Selon droit en vigueur

Proposition de la minorité V

(Aeschi Thomas, Amaudruz, Bregy, Buffat, Burgherr, Hübscher, Pamini, Tuena)

Selon droit en vigueur



Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit IV (Pamini) und den Antrag der Minderheit V (Aeschi Thomas) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ziff. 2 Art. 78h

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2 art. 78h

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. Ia

Antrag der Minderheit III
(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)
Das Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibeG) wird in der Fassung gemäss Anhang angenommen.

Ch. Ia

Proposition de la minorité III
(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)
La loi fédérale sur le soutien à l'accueil extrafamilial pour enfants et aux cantons dans leur politique d'encouragement de la petite enfance (LSAcc) est adoptée dans la version en annexe.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit III (Wermuth) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgelehnt.

Ziff. II

Antrag der Mehrheit
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2

Steht zehn Tage nach Ablauf der Referendumsfrist fest, dass gegen das Gesetz kein Referendum zustande gekommen ist, so tritt es spätestens am 1. Januar des sechsten Jahres nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft. Der Bundesrat kann ein früheres Inkrafttreten bestimmen.

Abs. 3
Wird das Gesetz in der Volksabstimmung angenommen, so tritt es spätestens am 1. Januar des sechsten Jahres nach der Abstimmung in Kraft. Der Bundesrat kann ein früheres Inkrafttreten bestimmen.

Antrag der Minderheit

(Bregy, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Pamini, Ritter, Tuena)
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
Streichen

Antrag der Minderheit III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)
Abs. 1bis
Ziffer Ia: Die Artikel 13–16 gelten ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens während 14 Jahren.



Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Streichen

Ch. II

Proposition de la majorité

Al. 2

S'il est établi dans les dix jours qui suivent l'échéance du délai référendaire qu'aucun référendum n'a abouti, elle entre en vigueur au plus tard le 1er janvier de la sixième année suivant l'échéance du délai référendaire. Le Conseil fédéral peut fixer une date d'entrée en vigueur antérieure.

Al. 3

Si elle est acceptée en votation populaire, la loi entre en vigueur au plus tard le 1er janvier de la sixième année suivant la votation. Le Conseil fédéral peut fixer une date d'entrée en vigueur antérieure.

Proposition de la minorité

(Bregy, Aeschi Thomas, Buffat, Burgherr, Hess Erich, Hübscher, Kamerzin, Müller Leo, Page, Pamini, Ritter, Tuena)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2024 N 1899 / BO 2024 N 1899

Al. 3

Biffer

Proposition de la minorité III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Al. 1bis

Chiffre 1a: Les articles 13 à 16 ont effet pendant 14 ans à compter de la date d'entrée en vigueur.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Biffer

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit III (Wermuth) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgelehnt.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.026/29642)

Für den Antrag der Mehrheit ... 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 94 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Anhang

Antrag der Minderheit III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Titel

Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf die Artikel 67 Absatz 2 und 116 Absatz 1 der Bundesverfassung, nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates vom 14. Dezember 2022 und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 15. Februar 2023,
beschliesst:



1. Abschnitt Titel

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Titel

Zweck

Art. 1 Abs. 1

Mit diesem Gesetz will der Bund:

- a. die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung verbessern;
- b. die Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter verbessern.

Art. 1 Abs. 2

Zu diesem Zweck gewährt der Bund finanzielle Beiträge zur:

- a. Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung;
- b. Schliessung von Angebotslücken in der familienergänzenden Kinderbetreuung;
- c. Verbesserung der Qualität des Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung;
- d. Unterstützung der Kantone bei der Weiterentwicklung ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern.

Art. 2 Titel

Geltungsbereich

Art. 2 Text

Dieses Gesetz findet Anwendung auf:

- a. die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung ab der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit der Primarstufe (8P Harmos);
- b. Massnahmen zur Weiterentwicklung der Politik der frühen Förderung von Kindern in den Kantonen.

Art. 3 Titel [GZ]

Begriffe

Art. 3 Text

In diesem Gesetz bedeuten:

- a. familienergänzende Kinderbetreuung: die regelmässige Betreuung von Kindern im Vorschul- und Schulalter durch Dritte, die es den Eltern ermöglicht, eine Erwerbstätigkeit auszuüben oder eine Ausbildung zu absolvieren;
- b. institutionelle Betreuung: die regelmässige Betreuung von Kindern im Vorschul- und Schulalter in privaten oder öffentlichen Einrichtungen (Krippen, Kindertagesstätten, Tageskindergärten, Tagesstrukturen, Tagesschulen) oder in Tagesfamilien, sofern diese in einer Trägerschaft mit Rechtspersönlichkeit organisiert sind;
- c. Politik der frühen Förderung von Kindern: sämtliche Angebote, die allen Kindern im Vorschulalter und ihren Bezugspersonen offenstehen und die Lern- und Entwicklungsprozesse dieser Kinder unterstützen und ihnen ein sicheres und gesundes Aufwachsen ermöglichen.

2. Abschnitt Titel

Bundesbeitrag an die Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung

Art. 4 Titel

Grundsätze

Art. 4 Abs. 1

Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung, damit diese eine Erwerbstätigkeit ausüben oder eine Ausbildung absolvieren können. Der Bundesrat legt den kumulierten Mindestbeschäftigungsgrad der beiden Eltern fest, der den Anspruch auf den Bundesbeitrag begründet.

Art. 4 Abs. 2

Für jedes Kind von der Geburt bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit der Primarstufe (8P Harmos) besteht Anspruch auf einen Bundesbeitrag, sofern es institutionell betreut wird.

Art. 4 Abs. 3

Der Bundesbeitrag kommt zu allfälligen Beiträgen der Kantone und Gemeinden, einschliesslich der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitgeberbeiträge, hinzu.

Art. 5 Titel

Anspruchsberechtigte

Art. 5 Abs. 1

Anspruch auf den Bundesbeitrag haben die Eltern, soweit sie die Kosten der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung tragen.

Art. 5 Abs. 2

Trägt eine andere Person die Kosten der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung, so geht der Anspruch auf diese Person über.



Art. 5 Abs. 3

Für das gleiche Kind wird nur ein Bundesbeitrag ausgerichtet.

Art. 6 Titel

Kinder im Ausland

Art. 6 Text

Für im Ausland institutionell betreute Kinder besteht nur ein Anspruch auf einen Bundesbeitrag, sofern zwischenstaatliche Vereinbarungen dies vorsehen.

Art. 7 Titel

Bundesbeitrag

Art. 7 Abs. 1

Der Bundesbeitrag bemisst sich nach den durchschnittlichen Kosten eines familienergänzenden Betreuungsplatzes in der Schweiz. Er entspricht jedoch höchstens 20 Prozent dieser Kosten.

Art. 7 Abs. 2

Die Höhe des Bundesbeitrags richtet sich nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der institutionellen familienergänzenden Kinderbetreuung.

Art. 7 Abs. 3

Der Bundesbeitrag für ein Kind mit Behinderungen ist höher, wenn die Vollkosten für die institutionelle familienergänzende Betreuung aufgrund der Behinderung des Kindes höher ausfallen.

Art. 7 Abs. 4

Der Bundesrat regelt die Berechnung des Bundesbeitrags und legt fest, welche Daten die Kantone dem Bund hierfür in standardisierter Weise zur Verfügung stellen müssen. Dabei berücksichtigt er die unterschiedlichen Arten der institutionellen Betreuung.

AB 2024 N 1900 / BO 2024 N 1900

Art. 7 Abs. 5

Er regelt die Berechnung des Bundesbeitrags für im Ausland institutionell familienergänzend betreute Kinder.

Art. 8 Titel

Kürzung des Bundesbeitrags

Art. 8 Abs. 1

Der Bundesbeitrag wird alle vier Jahre linear gekürzt, sofern die Summe der Beiträge an die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung im Wohnsitzkanton des Kindes einen landesweit einheitlichen Schwellenwert unterschreitet. Der Bundesbeitrag darf jedoch 10 Prozent der Kosten nach Artikel 7 Absatz 1 nicht unterschreiten.

Art. 8 Abs. 2

Die Summe der Beiträge im Kanton bemisst sich nach der Höhe des durchschnittlichen Jahresbetrags der im Kanton ausbezahlten Beiträge pro Kind unter 16 Jahren.

Art. 8 Abs. 3

Dieser Jahresbetrag umfasst die Beiträge des Kantons und seiner Gemeinden sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge der Arbeitgeber zur Senkung der Kosten der Eltern für die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung.

Art. 9 Titel

Festlegung des Schwellenwerts

Art. 9 Abs. 1

Der Bundesrat legt den Schwellenwert so fest, dass die Kantone einen Anreiz haben, die kantonalen Beiträge zu erhöhen.

Art. 9 Abs. 2

Er legt fest, welche Daten die Kantone dem Bund für die Festlegung des Schwellenwerts und für eine allfällige Kürzung des Bundesbeitrags in standardisierter Weise zur Verfügung stellen müssen.

Art. 9 Abs. 3

Er passt den Schwellenwert alle vier Jahre an.

Art. 9 Abs. 4

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) berechnet gestützt auf den Schwellenwert die allfällige Kürzung des Bundesbeitrags pro Kanton.

Art. 10 Titel

Überentschädigung



Art. 10 Abs. 1

Der Bundesbeitrag darf nicht zu einer Überentschädigung der Eltern führen.

Art. 10 Abs. 2

Eine Überentschädigung liegt in dem Masse vor, in dem der Bundesbeitrag die von den Eltern selbst getragenen tatsächlichen Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung übersteigt.

Art. 10 Abs. 3

Der Bundesbeitrag wird um den Betrag der Überentschädigung gekürzt.

Art. 11 Titel

Gewährung des Bundesbeitrags an die Anspruchsberechtigten

Art. 11 Abs. 1

Der Bundesbeitrag ist den Anspruchsberechtigten in der Regel monatlich zu gewähren.

Art. 11 Abs. 2

Zuständig für die Gewährung des Bundesbeitrags ist der Kanton, in dem das Kind seinen Wohnsitz hat.

Art. 11 Abs. 3

Die Kantone legen das Verfahren für die Gewährung der Bundesbeiträge fest und bestimmen die zuständige Stelle.

Art. 11 Abs. 4

Sie können die Gewährung der Bundesbeiträge an die Gemeinden, an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder an private Körperschaften übertragen. Sie sorgen dafür, dass die Bundesbeiträge unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gewährt werden.

Art. 11 Abs. 5

Der Bundesrat kann zum Verfahren Vorgaben machen.

Art. 12 Titel

Rückerstattung der Bundesbeiträge an die Kantone

Art. 12 Abs. 1

Die Kantone übermitteln dem BSV in standardisierter Weise eine Abrechnung über die im Kanton gewährten Bundesbeiträge und beantragen deren Rückerstattung.

Art. 12 Abs. 2

Das BSV verfügt die dem jeweiligen Kanton zustehende finanzielle Beteiligung des Bundes und richtet ihm diese aus.

3. Abschnitt Titel

Programmvereinbarungen

Art. 13 Titel

Finanzhilfen an Kantone und Dritte

Art. 13 Abs. 1

Der Bund kann den Kantonen auf der Grundlage von Programmvereinbarungen globale Finanzhilfen gewähren zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Er kann damit Folgendes unterstützen:

- a. die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschul- und Schulalter sowie für Kinder mit Behinderungen im Vorschulalter zur Schliessung von Angebotslücken;
- b. Massnahmen zur besseren Abstimmung der familienergänzenden Betreuungsangebote auf die Bedürfnisse der Eltern insbesondere hinsichtlich der Erweiterung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten;
- c. Massnahmen zur Verbesserung der pädagogischen und betrieblichen Qualität der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung. Diese orientieren sich an den gültigen Empfehlungen zur Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung der zuständigen interkantonalen Konferenzen.

Art. 13 Abs. 2

Er kann den Kantonen auf der Grundlage von Programmvereinbarungen globale Finanzhilfen gewähren für Massnahmen zur Weiterentwicklung ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern.

Art. 13 Abs. 3

Die Programmvereinbarungen beinhalten insbesondere die von Bund und Kantonen gemeinsam festgelegten Ziele sowie die finanzielle Beteiligung des Bundes.

Art. 13 Abs. 4

Der Bund kann Kantonen oder Dritten Finanzhilfen für Programme und Projekte von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung gewähren, die dem Zweck des Gesetzes entsprechen.

Art. 14 Titel

Verfügbare Mittel



Art. 14 Abs. 1

Die Bundesversammlung beschliesst für die Finanzhilfen nach diesem Abschnitt mehrjährige Verpflichtungskredite.

Art. 14 Abs. 2

Der Bund gewährt die Finanzhilfen im Rahmen der bewilligten Kredite.

Art. 15 Titel

Bemessung der Finanzhilfen an Kantone

Art. 15 Text

Die Finanzhilfen decken höchstens 50 Prozent der Ausgaben des Kantons für die Massnahmen nach Artikel 13.

Art. 16 Titel

Verfahren

Art. 16 Abs. 1

Den Kantonen werden Finanzhilfen grundsätzlich mittels vierjährigen Programmvereinbarungen gewährt.

Art. 16 Abs. 2

Der Bundesrat legt den Beginn der ersten Vertragsperiode fest. Er regelt den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Kantonen und weiteren relevanten Akteuren.

4. Abschnitt Titel

Statistik, Verhältnis zum europäischen Recht, Evaluation

Art. 17 Titel

Statistik

Art. 17 Abs. 1

Das Bundesamt für Statistik erstellt in Zusammenarbeit mit den Kantonen harmonisierte Statistiken in den Bereichen der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie der Politik der frühen Förderung von Kindern.

AB 2024 N 1901 / BO 2024 N 1901

Art. 17 Abs. 2

Die Kantone stellen die dazu notwendigen Daten in standardisierter Form zur Verfügung.

Art. 18 Titel

Verhältnis zum europäischen Recht

Art. 18 Abs. 1

In Bezug auf Personen, für die die Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit der Schweiz oder eines oder mehrerer EU-Mitgliedstaaten gelten oder galten und die Staatsangehörige der Schweiz oder eines EU-Mitgliedstaates sind, auf Flüchtlinge oder Staatenlose mit Wohnort in der Schweiz oder einem EU-Mitgliedstaat sowie auf die Familienangehörigen und Hinterlassenen dieser Personen sind auf die Leistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes folgende Erlasse in der für die Schweiz verbindlichen Fassung von Anhang II, Abschnitt A, des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen) anwendbar:

- a. Verordnung (EG) Nr. 883/2004;
- b. Verordnung (EG) Nr. 987/2009;
- c. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71;
- d. Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

Art. 18 Abs. 2

In Bezug auf Personen, für die die Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit der Schweiz, Islands, Norwegens oder Liechtensteins gelten oder galten und die Staatsangehörige der Schweiz, Islands, Norwegens oder Liechtensteins sind oder die als Flüchtlinge oder Staatenlose Wohnort in der Schweiz oder auf dem Gebiet Islands, Norwegens oder Liechtensteins haben, sowie auf die Familienangehörigen und Hinterlassenen dieser Personen sind auf die Leistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes folgende Erlasse in der für die Schweiz verbindlichen Fassung von Anlage 2 zu Anhang K des Übereinkommens vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA-Übereinkommen) anwendbar:

- a. Verordnung (EG) Nr. 883/2004;
- b. Verordnung (EG) Nr. 987/2009;
- c. Verordnung (EWG) Nr. 1408/71;
- d. Verordnung (EWG) Nr. 574/72.



Art. 18 Abs. 3

Der Bundesrat passt die Verweise auf die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Rechtsakte der Europäischen Union jeweils an, wenn eine Anpassung des Anhangs II des Freizügigkeitsabkommens und der Anlage 2 zu Anhang K des EFTA-Übereinkommens beschlossen wurde.

Art. 18 Abs. 4

Die Ausdrücke "Mitgliedstaaten der Europäischen Union", "Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft", "Staaten der Europäischen Union" und "Staaten der Europäischen Gemeinschaft" im vorliegenden Gesetz bezeichnen die Staaten, für die das Freizügigkeitsabkommen gilt.

Art. 19 Titel

Evaluation

Art. 19 Text

Das BSV überprüft regelmässig die Auswirkungen dieses Gesetzes und veröffentlicht die Ergebnisse.

5. Abschnitt Titel

Schlussbestimmungen

Art. 20 Titel

Ausführungsbestimmungen

Art. 20 Text

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.

Annexe

Proposition de la minorité III

(Wermuth, Amoos, Badran Jacqueline, Bendahan, Widmer Céline)

Titre

Loi fédérale sur le soutien à l'accueil extrafamilial pour enfants et aux cantons dans leur politique d'encouragement de la petite enfance

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu les articles 67 alinéa 2 et 116 alinéa 1, de la Constitution, vu le rapport de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national du 14 décembre 2022, vu l'avis du Conseil fédéral du 15 février 2023, arrête:

Section 1 titre

Dispositions générales

Art. 1 titre

Buts

Art. 1 al. 1

Par la présente loi, la Confédération entend améliorer:

- a. la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle ou entre vie familiale et formation;
- b. l'égalité des chances pour les enfants d'âge préscolaire.

Art. 1 al. 2

Dans ce but, elle accorde des contributions financières visant à:

- a. baisser les frais à la charge des parents pour l'accueil extrafamilial pour enfants;
- b. combler les lacunes dans l'offre d'accueil extrafamilial pour enfants;
- c. améliorer la qualité de l'offre d'accueil extrafamilial pour enfants;
- d. aider les cantons à développer leur politique d'encouragement de la petite enfance.

Art. 2 titre

Champ d'application

Art. 2 texte

La présente loi s'applique:

- a. à l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité obligatoire du degré primaire (8P Harmos);
- b. aux mesures pour le développement de la politique d'encouragement de la petite enfance dans les cantons.

Art. 3 titre

Définitions

Art. 3 texte

Au sens de la présente loi, on entend par:



- a. accueil extrafamilial pour enfants: la prise en charge régulière d'enfants en âge préscolaire ou scolaire par des tiers qui permet aux parents d'exercer une activité lucrative ou de suivre une formation;
- b. garde institutionnelle: la prise en charge régulière des enfants en âge pré- scolaire ou en âge scolaire dans des structures privées ou publiques (crèches, garderies, école maternelle à horaire continu, accueil parascolaire, unités d'accueil pour écoliers) ou dans des familles d'accueil de jour dès lors qu'elles sont organisées sous la forme d'un organisme doté de la personnalité juridique;
- c. politique d'encouragement de la petite enfance: l'ensemble des offres ouvertes à tous les enfants d'âge préscolaire et à leurs personnes de référence qui soutiennent les processus d'apprentissage et de développement de ces enfants et qui leur permettent de grandir dans un environnement sûr et sain.

Section 2 titre

Contribution de la Confédération aux frais à la charge des parents pour l'accueil extrafamilial pour enfants

Art. 4 titre

Principes

Art. 4 al. 1

La Confédération participe aux frais à la charge des parents pour l'accueil extrafamilial pour enfants afin de permettre aux parents d'exercer une activité lucrative ou de poursuivre une formation. Le Conseil fédéral fixe le taux d'activité cumulé minimal des deux parents, qui ouvre le droit à la contribution de la Confédération.

Art. 4 al. 2

Chaque enfant donne droit de la naissance jusqu'à la fin de la scolarité obligatoire du degré primaire (8P Harmos) à une contribution de la Confédération pour autant que l'enfant soit pris en charge dans un cadre institutionnel.

AB 2024 N 1902 / BO 2024 N 1902

Art. 4 al. 3

La contribution de la Confédération s'ajoute aux éventuelles contributions des cantons et des communes, y compris les contributions des employeurs prescrites légalement.

Art. 5 titre

Ayants droit

Art. 5 al. 1

Les ayants droit à la contribution de la Confédération sont les parents, dans la mesure où ils assument les frais de l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel.

Art. 5 al. 2

Si une autre personne assume les frais de l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel, c'est à elle que revient le droit à la contribution de la Confédération.

Art. 5 al. 3

Le même enfant ne donne droit qu'à une seule contribution.

Art. 6 titre

Ayants droit

Art. 6 texte

Les enfants pris en charge à l'étranger dans un cadre institutionnel ne donnent droit à la contribution de la Confédération que si une convention internationale le prévoit.

Art. 7 titre

Contribution de la Confédération

Art. 7 al. 1

La contribution de la Confédération se calcule en fonction des coûts moyens d'une place d'accueil extrafamilial en Suisse. Elle ne peut toutefois pas être supérieure à 20 pour cent de ces coûts.

Art. 7 al. 2

Le montant de la contribution de la Confédération est fonction du recours effectif à l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel.

Art. 7 al. 3

La contribution de la Confédération versée pour un enfant en situation de handicap est d'un montant supérieur pour autant que le handicap de l'enfant occasionne, dans l'ensemble, des frais plus élevés pour l'accueil extrafamilial dans un cadre institutionnel.

**Art. 7 al. 4**

Le Conseil fédéral règle le calcul de la contribution de la Confédération et détermine les données que les cantons doivent mettre à cet effet à disposition de la Confédération de manière standardisée. Pour ce faire, il tient compte des différents types de gardes institutionnelles.

Art. 7 al. 5

Il règle le calcul de la contribution de la Confédération pour les enfants pris en charge à l'étranger dans un cadre institutionnel.

Art. 8 titre

Réduction de la contribution de la Confédération

Art. 8 al. 1

La contribution de la Confédération est réduite de manière linéaire tous les quatre ans si la somme des contributions à l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel versées dans le canton de domicile de l'enfant tombe sous une certaine valeur seuil définie de manière uniforme au niveau national. La contribution de la Confédération ne peut toutefois pas être inférieure à 10 pour cent des coûts moyens selon l'article 7 alinéa 1.

Art. 8 al. 2

La somme des contributions versées dans un canton se base sur le montant annuel moyen des contributions versées au sein de ce canton par enfant âgé de moins de 16 ans.

Art. 8 al. 3

Ce montant annuel comprend l'ensemble des contributions versées par le canton et ses communes ainsi que les contributions des employeurs prescrites par la loi qui visent à réduire les frais à la charge des parents pour l'accueil extrafamilial pour enfants dans un cadre institutionnel.

Art. 9 titre

Fixation de la valeur seuil

Art. 9 al. 1

Le Conseil fédéral fixe la valeur seuil de manière à ce que les cantons soient incités à augmenter les contributions cantonales.

Art. 9 al. 2

Il détermine les données que les cantons doivent mettre à disposition de la Confédération de manière standardisée afin de fixer la valeur seuil et de réduire éventuellement la contribution de la Confédération.

Art. 9 al. 3

Il adapte la valeur seuil tous les quatre ans.

Art. 9 al. 4

L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) calcule, sur la base de la valeur seuil, l'éventuelle réduction de la contribution fédérale par canton.

Art. 10 titre

Surindemnisation

Art. 10 al. 1

Le versement de la contribution de la Confédération ne doit pas conduire à une surindemnisation des parents.

Art. 10 al. 2

Il y a surindemnisation dans la mesure où la contribution de la Confédération dépasse les frais effectivement engagés par les parents pour l'accueil extrafamilial pour enfants.

Art. 10 al. 3

La contribution de la Confédération est réduite du montant de la surindemnisation.

Art. 11 titre

Octroi de la contribution de la Confédération aux ayants droit

Art. 11 al. 1

En règle générale, la contribution de la Confédération est versée mensuellement aux ayants droit.

Art. 11 al. 2

Le canton dans lequel l'enfant est domicilié est compétent pour l'octroi de la contribution de la Confédération.

Art. 11 al. 3

Les cantons définissent la procédure pour l'octroi des contributions fédérales et désignent l'organe compétent.

Art. 11 al. 4

Ils peuvent déléguer l'octroi de la contribution de la Confédération aux communes, à une organisation de droit public ou à une organisation de droit privé. Ils veillent à ce que l'octroi de la contribution de la Confédération soit effectué dans le respect des dispositions légales.



Art. 11 al. 5

Le Conseil fédéral peut édicter des directives concernant la procédure.

Art. 12 titre

Remboursement de la contribution de la Confédération

Art. 12 al. 1

Les cantons adressent à l'OFAS de manière standardisée un décompte des contributions de la Confédération versées dans le canton et en demandent le remboursement.

Art. 12 al. 2

L'OFAS statue par voie de décision sur le montant de la participation financière de la Confédération due à chaque canton et verse à ce dernier le montant correspondant.

Section 3 titre

Conventions-programmes

Art. 13 titre

Aides financières aux cantons et à des tiers

Art. 13 al. 1

La Confédération peut allouer aux cantons des aides financières globales sur la base de conventions-programmes visant le développement de l'accueil extrafamilial pour enfants. Elle peut ainsi soutenir:

- a. la création de places d'accueil extrafamilial pour des enfants d'âge préscolaire et scolaire ainsi que pour des enfants en situation de handicap d'âge préscolaire afin de combler les lacunes dans l'offre d'accueil;
- b. des mesures visant une meilleure adéquation des offres d'accueil extrafamilial pour enfants aux besoins des parents, en particulier en matière d'élargissement et de flexibilité des heures de prise en charge;
- c. des mesures visant l'amélioration de la qualité des offres d'accueil extrafamilial pour enfants sous ses aspects pédagogiques et structurels. Ces mesures se basent sur les recommandations en vigueur en matière de qualité de l'accueil extrafamilial qui ont été élaborées par les conférences intercantionales compétentes.

AB 2024 N 1903 / BO 2024 N 1903

Art. 13 al. 2

Elle peut allouer aux cantons des aides financières globales sur la base de conventions-programmes pour des mesures visant le développement de leur politique d'encouragement de la petite enfance.

Art. 13 al. 3

Les conventions-programmes incluent en particulier les buts fixés conjointement par la Confédération et les cantons ainsi que la participation financière de la Confédération.

Art. 13 al. 4

La Confédération peut allouer aux cantons ou à des tiers des aides financières pour des programmes et projets importants au niveau national ou au niveau d'une région linguistique qui correspondent aux buts de la loi.

Art. 14 titre

Moyens à disposition

Art. 14 al. 1

L'Assemblée fédérale vote des crédits d'engagement pluriannuels pour les aides financières visées par la présente section.

Art. 14 al. 2

La Confédération alloue les aides financières dans la limite des crédits ouverts.

Art. 15 titre

Calcul des aides financières pour les cantons

Art. 15 texte

Les aides financières couvrent au maximum 50 pour cent des dépenses du canton pour les mesures visées à l'article 13.

Art. 16 titre

Procédure

Art. 16 al. 1

Les aides financières sont allouées aux cantons sur la base de conventions-programmes d'une durée en principe de quatre ans.

Art. 16 al. 2

Le Conseil fédéral fixe le début de la première période contractuelle. Il règle l'échange d'informations et d'expériences avec les cantons et les autres acteurs concernés.



Section 4 titre

Statistiques, relation avec le droit européen, évaluation

Art. 17 titre

Statistiques

Art. 17 al. 1

L'Office fédéral de la statistique établit en collaboration avec les cantons des statistiques harmonisées sur l'accueil extrafamilial pour enfants et dans le domaine de la politique d'encouragement de la petite enfance.

Art. 17 al. 2

Les cantons mettent à sa disposition les données standardisées nécessaires.

Art. 18 titre

Relation avec le droit européen

Art. 18 al. 1

Pour les personnes qui sont ou qui ont été soumises à la législation sur la sécurité sociale de la Suisse ou d'un ou de plusieurs Etats de l'Union européenne et qui sont des ressortissants suisses ou des ressortissants de l'un des Etats de l'Union européenne, pour les réfugiés ou les apatrides qui résident en Suisse ou dans un Etat de l'Union européenne, ainsi que pour les membres de la famille et les survivants de ces personnes, les actes ci-après, dans la version qui lie la Suisse en vertu de l'annexe II, section A, de l'Accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes (accord sur la libre circulation des personnes) sont applicables aux prestations comprises dans le champ d'application de la présente loi:

- a. le règlement (CE) no 883/2004;
- b. le règlement (CE) no 987/2009;
- c. le règlement (CEE) no 1408/71;
- d. le règlement (CEE) no 574/72.

Art. 18 al. 2

Pour les personnes qui sont ou qui ont été soumises à la législation sur la sécurité sociale de la Suisse, de l'Islande, de la Norvège ou du Liechtenstein et qui sont des ressortissants suisses ou des ressortissants de l'Islande, de la Norvège ou du Liechtenstein, ou qui résident en tant que réfugiés ou apatrides en Suisse ou sur le territoire de l'Islande, de la Norvège ou du Liechtenstein, ainsi que pour les membres de la famille et les survivants de ces personnes, les actes ci-après, dans la version qui lie la Suisse en vertu de l'appendice 2 de l'annexe K de la Convention du 4 janvier 1960 instituant l'Association européenne de libre-échange⁹ (convention AELE) sont applicables aux prestations comprises dans le champ d'application de la présente loi:

- a. le règlement (CE) no 883/2004;
- b. le règlement (CE) no 987/2009;
- c. le règlement (CEE) no 1408/71;
- d. le règlement (CEE) no 574/72.

Art. 18 al. 3

Le Conseil fédéral adapte les renvois aux actes de l'Union européenne visés aux alinéas 1 et 2 chaque fois qu'une modification de l'annexe II de l'accord sur la libre circulation des personnes ou de l'appendice 2 de l'annexe K de la convention AELE est adoptée.

Art. 18 al. 4

Les expressions "Etats membres de l'Union européenne", "Etats membres de la Communauté européenne", "Etats de l'Union européenne" et "Etats de la Communauté européenne" figurant dans la présente loi désignent les Etats auxquels s'applique l'accord sur la libre circulation des personnes.

Art. 19 titre

Evaluation

Art. 19 texte

L'OFAS évalue régulièrement les effets de la présente loi et publie les résultats.

Section 5 titre

Dispositions finales

Art. 20 titre

Dispositions d'exécution

Art. 20 texte

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution.



Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Minderheit III (Wermuth) wurde bei Ziffer 1 Artikel 36 abgelehnt.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.026/29643)

Für Annahme des Entwurfes ... 98 Stimmen

Dagegen ... 93 Stimmen

(1 Enthaltung)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une imposition individuelle indépendante de l'état civil (initiative pour des impôts équitables)"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Ordnungsantrag der Kommission

Die Beratung des Bundesbeschlusses über die Volksinitiative "Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)" ist nach der allgemeinen Aussprache zu unterbrechen, bis die Beratung über den indirekten Gegenvorschlag abgeschlossen ist.

Motion d'ordre de la commission

Interrompre l'examen de l'arrêté fédéral sur l'initiative populaire "Pour une imposition individuelle indépendante de l'état civil (initiative pour des impôts équitables)" après le débat général jusqu'à ce que l'examen du contre-projet indirect soit achevé.

AB 2024 N 1904 / BO 2024 N 1904

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Kommission beantragt, die Beratung der Volksinitiative zu sistieren, bis die Beratung des indirekten Gegenvorschlags abgeschlossen ist.

Angenommen – Adopté

Antrag der Kommission

Falls der Nationalrat den indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)" in der Gesamtabstimmung annimmt, wird die Behandlungsfrist der Volksinitiative gemäss Artikel 105 Absatz 1 ParlG um ein Jahr, d. h. bis zum 8. März 2026, verlängert.

Proposition de la commission

Dans le mesure où le Conseil national approuve dans le vote sur l'ensemble le contre-projet indirect à l'initiative populaire "Pour une imposition individuelle indépendante de l'état civil (initiative pour des impôts équitables)", le délai imparti pour traiter l'initiative populaire selon l'article 105 alinéa 1 LParl est prorogé d'un an, soit jusqu'au 8 mars 2026.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Kommission beantragt eine Fristverlängerung um ein Jahr, das heisst bis zum 8. März 2026.

Angenommen – Adopté



Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte (BBI 2024 589)

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales (FF 2024 589)

Angenommen – Adopté